

Marburger Zeitung.

Die „Marburger Zeitung“ erscheint jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag. Preise — für Marburg ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., vierteljährig 1 fl. 50 kr.; für Zustellung ins Haus monatlich 10 fr. — mit Postversendung: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl., vierteljährig 2 fl. Inseritionsgebühr 8 kr. per Zeile.

Abfall der Rechten von ihrem Volke?

Marburg, 22. März.

Im Abgeordnetenhaus ist der Rechten Abfall von ihrem Volke zu einem Vorwurfe gemacht worden, der aber nur die Minderheit derselben trifft.

Die Klerikalen dürfen der Linken gegenüber nicht erröthen; diese bleiben, was sie von jeher gewesen — schwarz bis in die tiefste Seele. Jenes „Volk“, von dem wir reden, ist für die Klerikalen nur eine Masse, die von ihnen durchgefnetet und geformt werden muß nach Satzungen, die von einer fremden, staatsfeindlichen Macht aufgestellt worden. Was wir Staatsfreunde Volk nennen, ist für die Klerikalen bloß eine Herde Stimmvieh, welches von ihnen behütet und gegen uns geführt werden soll.

Die Feudalen kennen nur Ahnen, sind um so stolzer auf dieselben, je weiter der Stamm- baum hinaufreicht in die Zeiten der Unter- thanenschaft, der Leibeigenschaft, der Gegen- reformation, der Güterkonfiskation zu Gunsten des katholisch gebliebenen und katholisch ge- wordenen Adels, der Fehden mit Städten und Landesfürsten, des Raubritterthums, der Kreuz- kriege. Die Feudalen möchten gerne das Volk selbst sein — das Volk im politischen Sinne, welches die Macht der Gesetzgebung und Voll- ziehung ausschließlich besitzt und lassen nur nothgedrungen die Klerikalen und zumal die Nationalen theilnehmen an der Herrschaft — einstweilen noch.

Und die Polen? Fragt die Ruthenen im Osten Galiziens, die ja doch beinahe ausnahmslos von denselben vertreten werden! Fragt die Bauern im Westen, die Stammgenossen dieser Herren! Fragt die Deutschen und die Juden in den Städten dieses Landes! Kalt, feindlich stehen sie Alle den Abgeordneten gegenüber, die nur Edelleute und Jesuitenschüler sind,

bei jeder Erhebung nur an sich, nie an das „gemeine Volk“ gedacht.

Von ihrem Volke abgefallen sind bloß die Tschechen und Slovenen, namentlich Jene, die von den „Alten“ einst „Jungen“ geschimpft worden — Jene, die ihre edelsten Regungen unterdrückt, ihre besten Grundsätze verläugnet, und heute, statt ihren Volksgenossen auf der Bahn friedlicher Entwicklung voranzuschreiten, den Stammeshaß schüren, lieber den Klerikalen das Rauchfaß schwingen, den Feudalen die Steigbügel halten und die russische Knute der Freiheit vorzögen, die sie im Verein mit den Deutschen erringen könnten.

Schwer lastet es auf dem Gewissen der Abtrünnigen. Am Himmel der Segner wetter- leuchtet's und in den Tiefen des Volkes growlt es — Vorboten des Tages, an welchem ins Gericht gegangen und der Stab gebrochen wird über Alle, welche das Volk im Stiche gelassen, als die Noth am größten war — es den Klerikalen und Feudalen ausgeliefert. Solche Schuld rächt sich — auch in Oesterreich!

Franz Wiesthaler.

Bur Geschichte des Tages.

Die tschechischen Wähler, die früher ihre Abgeordneten bloß aufgefördert, die Schul- novelle zu verwerfen, beginnen jetzt weiter zu gehen und verlangen, daß die „Jungen“ auch dagegen sprechen sollen. Eine Versammlung nach der anderen überzeugt die Vertreter vom Willen der Vertretenen und werden dieselben auf den Scheideweg gedrängt.

Die Ruthenen, welche aus Galizien und der Bukowina nach der Dobrudscha aus- gewandert, verlassen dieses Land wieder, um sich, von den Russen verlockt, in Bessarabien anzusiedeln. Rumänien läßt diese Doppel- müden erleichterten Herzens fortziehen, da es sich in Betreff ihrer Kulturfähigkeit arg ge- täuscht.

Die Leibzeitung Bismarck's wirft dem scheidenden Marineminister Steine nach und schimpft: „Stosch geht, weil er auf dem Wege der Erfahrung zu einem klaren Ur- theile darüber gelangt ist, daß er sich bei Ueber- nahme des Amtes über seine Qualifikation ge- täuscht!“ Warum a^{er} hat man diesen „Un- fähigen“ am 1. Jänner 1872 ernannt und so lange behalten? Warum hat man sein Ent- lassungsgesuch wiederholt zurückgewiesen? Der Kanzler hat eben Nerven und kann mit seinen Ministern nicht anders umspringen als mit seinen Diplomaten, mit Parteien und Bundes- genossen.

Die schweizerische Eidgenossenschaft tritt dem Vatikan mit einer Würde entgegen, welche diesen Bund vor ganz Europa aus- zeichnet. Wie man seinerzeit Mermillod, der vom Papste gegen den Willen des Bundes- rathes zum apostolischen Vikar für Genf er- nannt, des Landes verwiesen, so wird dem jetzt zum Bischof von Genf und Lausanne beför- derten die Rückkehr in die Schweiz verweigert, wenn er nicht ausdrücklich auf alle Vikarver- richtungen im Kanton Genf, welcher sich der christkatholischen Nationalkirche angeschlossen, verzichtet. Zugleich muß auch der Papst aus- drücklich erklären, daß er dieses Vikariat auf- gehoben.

Bermischte Nachrichten.

(Telephonverbindung auf hundert Meilen.)

In Nordamerika ist zwischen Portland im Staat Maine und Providence im Staat Rhode-Island, die 100 (englische) Meilen von einander ent- fernt sind, eine Telephonverbindung hergestellt worden. Die Stimmen der mit einander redenden Personen sind deutlich vernehmbar.

(Der Welt entsagt.) Wie die türkischen Blätter berichten, hat der Sohn des bekannten Tcherkessen-Häuptlings Schamyl, Mehemed Ghazi Pascha, der im letzten türkisch-russischen

Feuilleton.

Nur ein Stromer.

Erzahlung v. Ph. Spieß.

I.

Es hatte fast eine ganze Woche lang unaufhörlich geregnet, deshalb wälzte auch der Fluß gewaltige Wassermassen das Thal hinab, vorüber an der stolz emporstrebenden Fabrik- und Handelsstadt. Aber endlich war die Sonne doch wieder Meister geworden und das Thal, das noch am Morgen im ödesten Grau des Nebels und Sprühregens dagelegen war, strahlte jetzt im Licht der untergehenden Sonne in allen Farben. Auf der prächtigen Brücke, an den Ufern, den Fluß hinauf und hinab bewegten sich jetzt Spaziergänger, welche das langentbehnte Sonnenlicht genossen und zugleich im angenehmen Gefühl der Sicherheit sich am Brausen und Wogen des angeschwollenen Flusses erfreuten. Knaben belustigten sich damit, Holzstücke möglichst weit in die Fluthen hinein zu werfen und dann wetteten sie, wessen Holz zuerst die Brücke durchschwimme; aber auch die Alten schauten auf, wenn von Zeit zu Zeit ein irgendwo am Ufer losgerissener Busch

daherschwam oder gar ein Balken vom Wasser gegen die Brückenpfeiler getrieben wurde.

Plötzlich ertönte der Ruf: „Dort schwimmt eine Leiche!“ Und sogleich riefen viele Duzend Stimmen zusammen: „Wo? wo?“

„Ja, 's ist wahr, dort schwimmt eine!“

„Nein, 's ist ein Baumstamm!“

„Warum nicht gar, seht ihr das Gesicht?“

Ja, ja, jetzt kommt ein Arm aus dem Wasser!

Dicht drängten sich die Spaziergänger an's Geländer der Brücke und an die Mauer am Flußufer.

Bald hatten sich auch einige Schutzleute herbeigemacht und als sie sich überzeugt hatten, daß das, was am Kanalrechen vor der großen Papierfabrik nunmehr hängen blieb, wirklich eine menschliche Leiche sei, ging einer von ihnen schleunigst zum nahen Fischerhäuschen, um mit den Fischern die Herausaffung der Leiche aus dem Wasser zu besorgen, während ein anderer Schutzmann auf's Polizeibureau eilte, den Fall anzuzeigen und den Leichen- transportkarren zu holen.

Indessen war das Auf- und Abwogen der Leiche am Kanalrechen, die schwierige Fahrt des Fischerkahns zum Rechen, die Mühe, beim Schwanken des Kahns die Leiche aus dem Wasser zu ziehen, einer großen Menge

Menschen ein wegen seiner Unheimlichkeit gerade um so anziehenderes Schauspiel. Natürlich wurden alle möglichen Vermuthungen über die Person und über die Todesursache dessen ausgesprochen, der aller Augen auf sich zog. Endlich war die Leiche ans Land gebracht worden. Der Todte trug einfache Kleider und schon auf den ersten Blick war zu erkennen, was das in der inneren Brusttasche des Rocks befindliche Arbeitsbüchlein bestätigte, daß der Verstorbene dem Arbeiterstande angehört hatte.

Als der Todte in dem langen Blechkasten des unheimlichen Leichenfarrens untergebracht war, verlief sich die Menge der Neugierigen. Nicht wenige aber faßten das ganze Ergebnis des genossenen Schauspiels in die Worte zu- sammen: „Nur ein Stromer“. Ein Herr aber mit einer ungeheuer dicken goldenen Uhrkette jagte zu seinem Begleiter: „Warum machen es dem nicht nach die andern? Wasser genug wär' ja da zum Hineinspringen!“

Freilich, es war ja schon ganz sicher aus- gemacht, daß der Todte den Tod freiwillig gesucht hatte, und viel behaglicher wäre es auch für alle herzlosen und gewinnsüchtigen Egoisten, wenn alle im Sturme des Lebens Gestrandeten mit einem Schläge in den Wasser- wogen verschwänden.

Im Leichenhause des Friedhofes lag jetzt

Krieg die Kaukasus-Armee kommandirt und den Russen mehrere Schlappen beigebracht hatte, plötzlich alle seine militärischen Würden niedergelegt, um von nun an ein beschauliches, gottgeweihtes Leben zu führen. Derselbe ist auch schon nach der heiligen Stadt Mekka abgereist, wo er sein Leben beschließen will. Selbstverständlich hat der Feldherr seinen berühmten, aus sichererfessigen Beautés bestehenden Harem mit sich ins beschauliche Leben hinübergenommen und denselben gleichfalls nach der Stadt des Propheten geführt.

(Kaufende Mönche.) Die griechischen Mönche von St. Paul auf dem Berge Athos hatten eine den serbischen Klostergütern gehörige Waldung bei Rakovo unrechtmäßiger Weise in Besitz und Ausbeute genommen. Darüber entstand zwischen den heiligen Männern beider Nationalitäten eine erbitterte Kauferei, die eben jetzt in Noten zwischen den Gesandtschaften Griechenlands und Serbiens zu Konstantinopel weiter klingt.

(Die Zukunft der Elektrizität.) Professor Ayrton hielt kürzlich in London einen Vortrag über die Verwendung der Elektrizität zur Beleuchtung und Bewegung. Der Vortragende sprach sich über die wünschenden Wirkungen der Kraftübertragung des Ausführlichen aus und schloß seinen Vortrag mit der folgenden Perspektive in die Zukunft, die gewiß das Herz mancher Hausfrau mit Freude erfüllen dürfte. Gegenwärtig wird noch die meiste häusliche Arbeit mit der Hand verrichtet, weil wir keine leicht zu behandelnden Maschinen dafür haben. Das gewöhnliche Messerbrett zum Beispiel ist zwar dem rotirenden Messer-Reiniger gewichen, doch auch dieser erfordert noch ein gewisses Abreiben, um den Messern Glanz zu verleihen, so daß in einem großen Etablissement neben der Rotirmaschine eine Person noch immer nothwendig war. Das Reinigen der Schuhe, Roste, Thürschnallen u. dergleichen, nach dem Aussehen der betreffenden Dienstboten nach vollbrachtem Prozesse zu urtheilen, noch immer auf sehr mühevoller Weise. Es besteht nun kein Zweifel mehr, daß die Elektrizität bald wie Gas zu Beleuchtungszwecken in die Häuser geleitet werden wird, und daß nicht allzu lange darnach die vorerst nur auf diese Weise ausgenützte Kraft auch zur Bewegung kleiner Motoren angewendet werden dürfte, um etwa eine kleine Messer-Reinigungs-Rotirmaschine, eine Nähmaschine oder ein Rad zum Stiefelputzen in Aktivität zu setzen.

(Pariser Liebesdrama.) Im Wintergarten neben dem Theater „Folies Bergères“ zu Paris mit seinen plätschernden Fontainen, Kies-Promenaden, Kühlung sächelnden Palmen und lauschigen Grotten laben an koketten Buffets lächelnde Leben in himmelblauen und rosa-

farbenen Seidenkleidern den Durstigen mit Me, Porter, Champagner und anderen edlen Getränken. In diesen Wintergarten ist soeben am Arme eines ältlichen Kavaliere eine schöne Frauengestalt mit jugendlich schwellenden Formen getreten. Unter dem breitrandigen „Gainsborough“ quillt eine Fülle bläulich-schwarzen Haars hervor, das die weiße Stirn mit zierlichen Ringelchen unsäumt, und aus den großen sengenden Augen leuchtet der Stolz einer siegesbewußten Schönheit. Der Herr ist vor der Etagère einer Blumenhändlerin stehen geblieben und reicht seiner Begleiterin einen üppigen, vollen Rosenstrauß, welchen sie lächelnd an die Lippen führt. Ein junger Mann hat sich in diesem Augenblick mit verstörter Miene und hastigem Schritt genähert. Er zieht blitzschnell einen kleinen Gegenstand aus der Rocktasche und drückt auf den schimmernden Nacken der ihm den Rücken kehrenden Dame. Man hört fast gleichzeitig einen Knall und einen gellenden Aufschrei. Die Dame wankt und wird von den Armen ihres Kavaliere aufgefangen. Der junge Mann aber, welcher den Revolver abgedrückt, hebt, die Dame tödtlich verwundet glaubend, die Waffe noch einmal hoch, schießt sich in den Mund und stürzt blutend zu Boden. Der ganze eben geschilderte Vorfall hatte sich blitzschnell abgespielt und die durch den Knall herbeigerufenen Quisiers des Theaters suchen das herbeidrängende neugierige Publikum zurückzuhalten. Der Attentäter und Selbstmörder heißt Ulysse Perrin und ist Angestellter eines Handlungshauses. Das Mädchen war seine Geliebte, Toinette, und hatte ihn, den zahlreich an sie herantretenden Verführungen unterliegend, verlassen. Ulysse, welcher sie bis zum Wahnsinn geliebt, hatte in seiner Verzweiflung den Entschluß gefaßt, sie zu erschließen und sich dann das Leben zu nehmen. Als der Lauf des Revolvers ihren Nacken berührte, zitterte seine Hand und fehlte — er selbst aber gab sich mit sicherer Hand den Tod. Zwei Gardes Républicains trugen Ulysse auf ihren Schultern hinaus und brachten den Sterbenden in eine benachbarte Apotheke. Toinette war, sobald sie sich von ihrem Schreck erholt, schnell am Arme ihres verdugten Kavaliere verschwunden. Im Saale stimmte das Orchester eine lustige Polka an, von den Buffets des Wintergartens tönt wieder übermüthiges Lachen und Gläserklingen, die „boudinés“ (neueste Bezeichnung für die Pariser Beiden), welche von dem tragischen Ereigniß plaudern, schnarren: „Es ist erstaunlich!“ und klemmen sich wieder das Monokle ins Auge. „Diese Damen“ aber mit den bepuderten Gesichtern und den kirschfarbenen Lippen bleiben stehen, sächeln sich, haschen nach den Details und sagen mit einem sanften Lächeln: „Il était fou, ce garçon“.

(Verzehrungssteuer in Paris.) Die Verzehrungssteuer, welche die Pariser zahlen, beträgt 218 Millionen Fr., also jährlich 100 Fr. für jeden Einwohner.

(Wieder ein Zirkusbrand in Rußland.) In Nowgorod brannte am 12. d. M. Nachts der Zirkus ab. Derselbe befand sich in einer großen Holzbarake der Artilleriebrigade und knapp daneben das Magazin der letzteren, in welchem 3000 scharfe Geschosse und viele Kisten mit Schießpulver lagen. Der Feuerwehrgelanges, den Brand auf das Zirkusgebäude zu beschränken, sonst hätte die Explosion die Häuser des ganzen Stadtviertels zerstört.

(Die 119 Oesterreicher und Ungarn von der „Cimbria“.) Wie nun endgiltig festgestellt ist, befanden sich auf dem verunglückten Dampfer „Cimbria“ im Ganzen 119 Personen aus Oesterreich-Ungarn, von welchen leider nur 8 gerettet wurden.

(Gedenktag der ungarischen Volkserhebung.) Die Studenten zu Pest haben den 15. März als den Gedenktag der Erhebung im Jahre 1848 bei großartiger Theilnahme der Bevölkerung gefeiert.

(Amtliche Genauigkeit.) Eine Fabrik in Deutsch-Böhmen erhielt vom Bezirksgerichte L. einen versiegelten Geldbrief, beschriftet mit 6, sage sechs Kreuzern in Scheidemünze für eine an dasselbe zu viel eingesendete Pfändungsgebühr unfrankirt zugestellt und betrogen die Kosten 30 kr. — fünfmal so viel, als der ganze Inhalt.

(Das zehntausendste Klavier.) In der Werkstatt des Klaviermachers Ludwig Bösendorfer zu Wien, die schon seit sechzig Jahren besteht, wird jetzt am zehntausendsten Klaviere gearbeitet.

(Verkaufshallen.) Im Gewerbeverein von Nieder-Oesterreich wurde vorgeschlagen, zu Wien Verkaufshallen zu errichten, wo der kleine Gewerbsmann seine Waare ausstellt und mit den Käufern unmittelbar in Verbindung treten kann. Der Gewerbsmann würde keine Platzmiete, sondern nur eine Verkaufsprovision zahlen.

(Achselnähre der Offiziere.) Die Offiziere unserer Fußtruppen sollen auf die Waffenröcke goldene, beziehungsweise silberne Achselnähre erhalten.

(Ein Bink an die Beamtenwelt.) Eine vorherrschend sitzende Lebensweise ist meist der Grund von Leber- und Hämorrhoidal-Leiden, Blutanschoppungen u. s. f., gegen welche Moll's Seidlitzpulver mit sicherem Erfolge angewendet werden. Eine Schachtel 1 fl. In den Apotheken und Materialwaaren-Handlungen verlange man ausdrücklich Moll's Präparat mit Schutzmarke und Unterschrift.

der Todte; aber merkwürdig, sein Gesicht zeigte nicht die erstarrte Verzweiflung, wie sie bei so vielen Selbstmördern sich findet, es lag vielmehr auf seinem Gesicht ein stilles Lächeln der Befriedigung. Für diesen Menschen mußte der Tod keine große Qual gehabt haben. Aber was machen wir denn so viel Wesens mit diesem Todten? Er ist ja „nur ein Stromer“.

II.

Im bayrischen Franken lebte vor zwanzig Jahren als Knecht eines fürstlichen Pächters Xaver Brand. Er war verheirathet, er hatte drei gesunde Buben, er hatte sein gutes Auskommen und als Aufseher und Vorarbeiter der Tagelöhner auf dem Hofe eine angenehme Stellung. Aber er war eben Knecht, und je mehr er Kronenthaler auf die Spartasse brachte, je weniger wollte es ihm gefallen, Knecht zu sein. Er hörte, daß ganz in der Nähe des Hofes ein kleines Bauerngütchen feil sei und alsbald stand es in ihm fest, das Gütchen müsse sein werden. Sein Herr rieth ihm ab, aber dem Xaver und seiner Veronika war es ganz klar, daß sein Herr ihnen ihr Glück nicht gönne, und so ließen sie sich nicht abrathen. Bald hatten sie das Bauerngütchen gekauft und mit gewaltiger Freude erfüllte es den bisherigen Owerknecht, wenn ihm jetzt der Postbote

Briefe brachte, in welchen Salomo Hirsch und Jsaak Falk und wie sie alle hießen, die menschenfreundlichen Unterhändler und Vermittler, „dem Herrn Dekonom“ X. Brand allerlei Offerte machten.

Die Buben wurden jetzt nicht mehr in die Volksschule, sondern in die Realschule des benachbarten Städtchens geschickt; auch wurde für die ganze Familie zum sonntäglichen Gebrauch städtische Kleidung angekauft; daneben fanden es aber die Buben bald heraus, daß sie auf dem Hof größere Brote und mehr Butter bekommen hatten als jetzt, da der Vater „Herr Dekonom“ war.

Die beiden älteren Söhne wollten ebenfalls Bauern werden und so wurden sie nach ihrem Austritt aus der Schule tüchtige Mitarbeiter in Haus und Feld. Der jüngste aber, Josef, hatte an der Bauernarbeit noch nie Freude gehabt; er war ein munterer lebhafter Bursche, immer aufgelegt zum Lachen, nicht selten auch zu Pöffen und echten Bubenstreichen. Ihn brachte der Vater zu einem Färber in Würzburg in die Lehre.

Vier Jahre war jetzt Xaver Brand selbständiger Bauer und bis jetzt war er leidlich durchgekommen. Die Zinsen hatte er regelmäßig zahlen können, auch vom Kapital selbst hatte er etwas abgezahlt, da traf ihn der erste

Schlag: in seinem Stalle brach der Milchbrand aus, alles ging zu Grunde. Sofort stand ihm aber auch Jsaak Falk als treuer Freund in der Noth zur Seite und gegen eine Schuldverschreibung war in dem Stall der Schaden bald dem Anschein nach wieder gut gemacht.

Das Leben unter dem Druck eines Schuldscheins erschien dem Herrn Dekonom schon nicht mehr so lieblich, und manchmal sehnte er sich recht lebhaft zurück nach der Sorglosigkeit, die er als Owerknecht hatte genießen dürfen. Allein es kam noch ernster. Im Jahr 1869 wird der älteste — ohn zum Militär ausgehoben und im Spätherbst 1870 hatte der Vater einen siechen Invaliden im Hause. Als Küraffier war der älteste Sohn bei Sedan gewesen und hatte einen Schuß in die Brust erhalten trotz des Küras. Nun durfte freilich der Verwundete nicht Noth leiden, aber er brauchte Pflege und seine früher so starken Arme fehlten. Endlich starb der Invalide, aber nun mußte auch der zweite Sohn einrücken und jetzt brach von allen Seiten über den armen Bauern wie ein Wetter herein. Mißwachs, Krankheit der Frau, Untreue der Dienstboten und Kündigung des Kapitals von Seiten Jsaak Falks.

(Fortsetzung folgt.)

Marburger Berichte.

Sitzung des Gemeinderathes vom 20. März.

Der Bürgermeister Herr Dr. Ferdinand Duchatsch theilt der Versammlung mit, daß er am 12. d. M. von Seiner Majestät (— die Gemeinderäthe erhoben sich bei diesem Wort von ihren Sitzen —) in einer Audienz empfangen worden; der Kaiser habe sich in gnädigster Weise um das Gedeihen Marburgs erkundigt und in Aussicht gestellt, auf der Reise nach Krain im Juli d. J. kurze Zeit hier zu verweilen. Die Feierlichkeiten, welche bei dieser Gelegenheit stattfinden sollen, werden nächstens in Erwägung gezogen. —

Der Herr Bürgermeister theilt ferner mit, daß ein großmüthiger Spender, der mit ganzem Herzen an Marburg hängt, jedoch unerkannt bleiben will, der Gemeinde das Standbild des unvergeßlichen Erzherzogs Johann zum Geschenk macht. Dieses werde dankbar angenommen und werden die Baufektion und die Finanzsektion das Nöthige vorbereiten. Die Mitglieder rufen „Bravo!“ —

Der Herr Bürgermeister verliest folgenden Antrag: „Durch eine Reihe von Jahren haben wir die Beobachtung gemacht, daß unsere Sicherheitswache sich bei Auslösung, Arretirung und Transportirung von verwahrlosten Individuen in den Polizeiarrest eines gewöhnlichen zweirädrigen Karrens bedient und Leute unter Umständen auch gebunden an Händen und Füßen weiter schafft. Einem solchen Transportkarren schließt sich jedesmal eine Anzahl Kinder beiderlei Geschlechtes an und begleitet denselben unter großem Beifallsgehole. In Erwägung, daß dies sowohl der Humanität zuwider ist, als auch deprimirend auf die moralische Erziehung der Jugend einwirken muß, stellen die Unterzeichneten den Antrag: Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, eine Sanitätstrage, wie selbe in anderen größeren Städten üblich sind, anzuschaffen, welcher sich die Sicherheitswache bei Transportirungen von Individuen, die nicht zu Fuß arretirt werden können, zu bedienen hat. Marburg, 6. März 1883. Karl Zeitlberger, Anton Massatti, Felix Schmiedl, Anton Scheißl, Schmid, Dr. Johann Schmiderer, Anton Tombasko, Friedrich Leidl, J. D. Bancalari, Heinrich Schleicher, David Hartmann.“

Der Herr Bürgermeister erklärt, dieses Schriftstück dem Stadtrath vorzulegen. —

Als Zuhörer erscheinen mehrere Mitglieder des Kommunalvereins. —

Herr Ludwig Bitterl von Tessenberg berichtet über das Ansuchen des Sparkasse-Ausschusses, den Beschluß, betreffend die Erbauung eines eigenen Sparkasse-Gebäudes zu genehmigen. Der Auszug des bezüglichen Protokolls und die Bestimmung der Satzungen über den Wirkungskreis des Gemeinderathes in dieser Angelegenheit werden vorgelesen. Nach dem Regulativ über die Sparkassen soll jede ein eigenes Gebäude besitzen und kann ein solches mit Genehmigung der Gemeindevertretung und der Statthalterei errichtet werden. Der Berichterstatter beantragt demnach, den fraglichen Beschluß zur Kenntniß zu nehmen und den Sparkasse-Ausschuß hievon zu verständigen.

Herr Karl Flucher sieht sich vor der schweren Aufgabe, gegen die Mehrheit zu kämpfen. Der Redner stützt sich auf seine vieljährige Erfahrung in Sachen der Sparkasse und bittet zu erwägen, ob ein Haus, welches 20,000 fl. gekostet, unnöthigerweise niedrigergerissen werden soll — ob es nicht besser wäre, die Anstalt auf einem freien Plage mit geringeren Kosten zu erbauen. Raum gebe es hier genug, um den Ortsverhältnissen entsprechend, zweckmäßig zu bauen. Der Bauplatz komme auf fünfundvierzig Gulden für die Klaster; wenn ein Nabob hier wäre, der in seinem Eigensinn nicht ablassen würde von der Ausführung eines solchen Planes, so könnte man es der inneren Stadt wohl gönnen, daß dieses Sparkasse-Gebäude an der Stelle des Rökzenaun'schen Hauses errichtet werde. Die Mädchenschul-Frage sei an einem anderen Orte zu lösen.

Wir verlangen die Gleichberechtigung aller Stadttheile — eine objektiv urtheilende Oberbehörde soll entscheiden und könne die Mehrheit den Frieden herstellen, wenn sie diesem Wunsch entspreche.

Herr Flucher beantragt, vom Beschlusse des Sparkasse-Ausschusses nur unter der Bedingung Kenntniß zu nehmen, daß bei diesem Baue die Demolirung des Rökzenaun'schen Hauses ausgeschlossen sei.

Der Herr Bürgermeister macht den Vorredner, welcher das Wort „Wir“ gebraucht, aufmerksam, daß er in der Sitzung des Gemeinderathes sich befinde; jenes „Wir“ schein eine andere Deutung zuzulassen.

Herr Marco muß auf Grund des Gesetzes offen gestehen, daß von Seite der Rechtssektion ein besserer Antrag nicht eingebracht werden konnte; er selbst habe mitberathen und mitbeschlossen und komme auch jetzt nicht zu einem anderen Beschluß. Was der Sparkasse-Ausschuß wolle, sei eine innere Verwaltungs-Maßregel. Der Ausschuß sei der berufene Faktor, welcher diesen Beschluß vollkommen gesetzlich gefaßt habe. Wenn der Ausschuß diesen Beschluß dem Gemeinderath vorlege, so sei es ein Akt der Kourtoisie, oder geschehe dies wohl auch um der moralischen Verantwortung willen. Der Redner quittirt den Akt der Kourtoisie. Was die moralische Verantwortung betreffe, so möge der Gemeinderath diesen Beschluß bloß zur Kenntniß nehmen; dadurch lehne er diese Verantwortung ab.

Herr Marco empfiehlt den Antrag der Sektion als jenen, der nach dem Gesetze der einfach korrekteste sei.

Herr Ludwig Bitterl von Tessenberg wendet sich gegen Herrn Flucher und erwidert, daß die Vorlegung bei einer höheren Behörde eine Beschränkung des eigenen Wirkungsbereiches sei; der Beschluß des Sparkasse-Ausschusses werde ohnedies der Statthalterei angezeigt.

Der Sektionsantrag wird mit allen Stimmen gegen jene des Herrn Karl Flucher genehmigt. Dieser gibt sein Separatvotum zu Protokoll. —

Die Sparkasse ist bereit, einen Theil ihres Grundes in der Kasinogasse der Stadtgemeinde käuflich um 2000 fl. zu überlassen.

Nach dem Antrage der Sektion (Berichterstatter Herr Ludwig Bitterl von Tessenberg) wird dieser Beschluß zur befriedigenden Kenntniß genommen und sollen dem Stadt-Schulrath seinerzeit beide Protokolle übermittelt werden. —

Die Verwaltung des allgemeinen Krankenhauses ersucht um die Herstellung einer Einfriedung, um durch selbe abgeschlossene Spaziergänge für männliche und weibliche Kranke zu ermöglichen. Die Kosten belaufen sich auf 1300 fl.

Der Herr Bürgermeister bemerkt: Mit Herrn Johann Lorber sind Verhandlungen angeknüpft worden, um eine Straße für die Leichenzüge herstellen zu können. Nun aber ist das Areal geneigt, dort einen acht Meter breiten Raum freizulassen und wird auf diesem Raume auch die Ausführung der Leichen gestattet.

Nach den Sektionsantrage wird diese Einfriedung bewilligt. (Berichterstatter Herr Anton von Schmid.) —

Der bisherige Bezirkshauptmann, Herr Statthaltereirath Pavich von Pfauenthal schreibt, daß er die Leitung dieses Amtes übergeben; er nimmt Abschied und dankt für das freundliche Entgegenkommen, welches er von Seiten der Gemeinde stets gefunden.

Die Sektion beantragt durch den Herrn Bürgermeister Stellvertreter, dieses Schreiben zur angenehmen Kenntniß zu nehmen und soll dem Herrn Statthaltereirath für sein freundliches Entgegenkommen der Dank der Gemeinde ausgedrückt werden. Dieser Antrag wird einstimmig zum Beschluß erhoben.

Herrn Anton von Schmid wird für die Zeit vom 27. März bis 24. April Urlaub ertheilt. (Berichterstatter Herr Ludwig Bitterl von Tessenberg.) —

Die Direktion der Ober-Realschule legt 18 Gesuche um Befreiung vom Schulgelde zur Genehmigung vor. Nach dem Antrage der Sektion (Berichterstatter Herr Direktor Frank)

werden 12 Bewerber gänzlich, 1 bis zur Hälfte befreit und 5 abgewiesen. —

Der Stadt-Schulrath ersucht um die Errichtung eines öffentlichen Kindergartens. Die Zahl der Kinder würde sich auf 200, die jährliche Ausgabe auf 3000 fl. belaufen und sollte diese Anstalt beim Beginne des Schuljahres 1884 eröffnet werden. Der Kindergarten wäre mit der Mädchenschule in Verbindung zu bringen und der Leitung dieser Schule unterzuordnen. Der Stadt-Schulrath betont, die Errichtung eines öffentlichen Kindergartens liege im Interesse der Volkserziehung, denn er bereite zum Eintritt in die Volksschule vor.

Die Sektion (Berichterstatter Herr Direktor Frank) vermißt im Gesuche die nöthigen Anhaltspunkte für einen bestimmten Antrag. Die Anforderungen seien nicht genügend spezifizirt und soll der Stadt-Schulrath dieselben genau präzisiren.

Herr Direktor Gutscher meint, diese Frage könne in Verbindung mit dem Bau der Mädchenschule am besten gelöst werden und unterstützt den Antrag der Sektion.

Herrn Alexander Nagy erscheint der Antrag, einen Kindergarten für die ganze Stadt zu errichten, unpraktisch. Nur ganz kleine Kindergärten empfehlen sich, denn nur in diesen Fällen sei es möglich, daß die Kinder der ärmeren Klassen, für welche solche Anstalten besonders notwendig sind, den Weg zu denselben zurücklegen. Wenn wir uns schon für Kindergärten aussprechen, so müssen mehrere und kleinere in verschiedenen Stadttheilen errichtet werden.

Herr Prodnigg wünscht, der Stadt-Schulrath möge in seiner Vorlage den Antrag des Herrn Nagy berücksichtigen.

Herr David Hartmann erinnert, daß wir schon zwei Privat-Kindergärten gehabt, die aber nicht bestehen konnten, weil zu wenig Kinder hineingeschickt worden, trotzdem der Betrag ein sehr geringer war. Wenn wir einen Kindergarten für 200 Kinder errichten, so werde die Gemeinde bedeutende Auslagen haben und werden nur 30 bis 40 Kinder in denselben kommen. Es soll daher nach dem Antrage des Herrn Nagy ein Versuch gemacht werden.

Herr Ludwig Bitterl von Tessenberg theilt die Bedenken des Herrn Nagy; am besten sei es aber, Privaten Unterstützung zu geben zur Errichtung eines Kindergartens und würde eine Zulage von 300 bis 400 fl. genügen.

Der Berichterstatter hält die Errichtung von Kindergärten für wünschenswerth; es könne dieselbe jedoch nicht als eine Pflicht bezeichnet werden. Die Errichtung sei mit bedeutenden Kosten verbunden; eine solche Anstalt komme jährlich auf 3000 fl. zu stehen, die Lokalitäten und die Einrichtung nicht gerechnet und wenn der Kindergarten schwach besucht werde, so sei das Geld unnöthig hinausgeworfen. Die Sektion könne sich dem Antrage des Herrn Nagy anschließen.

Die Vertretung stimmt diesem Antrage bei und soll auch die Frage, welche der Herr Bürgermeister-Stellvertreter angeregt, in Erwägung gezogen werden. —

Herr Dr. Josef Schmiderer bringt zur Kenntniß, daß ungeachtet des strengsten Verbotes sehr häufig Wurzelreben verlaufen werden und habe man kürzlich sogar einen Wagen, mit Neben beladen, hier gegen Gams hinaus durchgeführt. Die Gefahr sei groß; in der Gegend von Rann breite sich die Neblaus immer weiter aus und könne die Gefahr für unseren Bezirk vermieden werden, wenn wir den Schädling nicht mit eigenen Händen herbeibringen. Jeder soll in seinem Wirkungskreise trachten, sich und seinen Nachbar zu schützen. Durch Handhabung des Verbotes der Statthalterei sei es allein möglich, diesem Unfug zu steuern.

Ludwig Bitterl von Tessenberg verlangt strenge Vollziehung des Gesetzes und können wir im Bereich der Stadtgemeinde selbst die Amtshandlung vornehmen. So lange er den Herrn Bürgermeister vertreten habe, seien auf dem Bahnhof Wurzelreben wiederholt in Beschlag genommen worden. In Betreff dessen, was außerhalb der Gemeinde Marburg vorgehe,

sei die Bezirkshauptmannschaft vom Stadtrath wiederholt aufmerksam gemacht worden.

Der Herr Bürgermeister erklärt, sich sofort mit der Bezirkshauptmannschaft ins Einvernehmen zu setzen.

Herr Franz Wiesthaler überreicht dem Herrn Bürgermeister den schriftlichen Antrag: „Der Gemeinderath wolle dahin wirken, daß die Sparkasse ein Bersagamt errichte.“

(Begräbnis eines Volksvertreters.) Vorgestern wurde der Reichsraths-Abgeordnete Oscar Falke, welcher zu Mentone gestorben, in Radkersburg begraben. Am Leichenzuge nahmen theil: die Angehörigen der Familie, Vertreter der Staatsbehörden, des Militärs, der Stadtgemeinde, der Nachbarbezirke, der Gemeinden des Wahlkreises, viele Städter und Bauern. Prachtvolle Kränze schmückten den Sarg und als derselbe gehoben ward, stimmte die „Harmonie“ einen ergreifenden Trauerchor an. Aus der Ferne wurden Telegramme und Briefe in großer Anzahl gesandt.

(Für das Schulgesetz.) Der Lehrerverein „Umgebung Marburg“ hat den Reichsraths-Abgeordneten Freiherrn von Gödel-Lannoy aufgefordert, nicht bloß gegen die Schulnovelle zu stimmen, sondern auch zu sprechen.

(Spielfeld - Radkersburg.) Die Bezirksvertretungen von Mureck und Radkersburg haben beschlossen, den für den Bau der Eisenbahn Spielfeld-Radkersburg nöthigen Grund und Boden auf ihre Kosten zu erwerben.

(Wegen der schönen Agnes.) Die achtzehnjährige Agnes Hartmann saß mit ihrem Bruder Georg im Gasthause zu Kappel, wies den zudringlichen Burtschen Michael Ploschnik ab und rief endlich den Bruder zu Hilfe, der den Unverschämten zum Rückzug nöthigte. Auf dem Heimwege im dunklen Walde angekommen, wurde Georg Hartmann von seinem Gegner überfallen und durch sechs Messerstiche verwundet. Das Strafgericht verurtheilte den Angeklagten zu schwerem Kerker auf die Dauer von vier Monaten und zur Zahlung eines namhaften Schmerzensgeldes.

(Erhängt.) In St. Margarethen, Gerichtsbezirk Leibnitz, hat sich der Grundbesitzer Anton Sparist (insgemein Müller) erhängt — aus Verzweiflung über den Abschluß eines Kaufvertrages, bei welchem er übervorthelt worden.

(Selbstmord.) Gestern Vormittag um 11 Uhr erschoss sich der Feldwebel Franz Motho des 47. Inf. Reg. im Magazine der Draufkaserne, wo er schon die ganze Nacht verweilte. Aus welcher Ursache ist unbekannt.

(Erstochen.) Zu Kerschbach starb der Wingersohn Anton Krainz an Gehirnlähmung — in Folge eines Messerstiches, der ihm bei einer Rauferei von dem Bauernsohn Franz Kautschitsch versetzt worden.

(Bezirksvertretung Leibnitz.) Die Wahlen für die Bezirksvertretung Leibnitz sind zu Gunsten der freisinnigen Partei ausgefallen.

(Thierarzt-Stelle.) In Tüffer wird die Stelle eines Bezirks-Thierarztes besetzt und beträgt der Jahresgehalt 400 fl. Gesuche können bis Ende April an den Bezirksauschuß gerichtet werden.

(Vom steirischen Lehrerbund.) An der letzten Sitzung des leitenden Ausschusses nahmen aus dem Unterlande die Herren: Stopper (Radkersburg) und Sketh (Marburg) theil und wurde, der freundlichen Einladung der hiesigen Lehrerschaft entsprechend, der Beschluß gefaßt, die heurige Versammlung des Bundes in Marburg abzuhalten.

(Evangelische Gemeinde.) Am Ostersonntag findet in der hiesigen evang. Kirche Gottesdienst statt. Nach der Predigt Beichte und Kommunion.

(Kirchenmusik.) In der Domkirche wird am Ostermontag zum Hochamte um 10 Uhr ein Graduale von Gounod und Offertorium von Moniuszko zur Aufführung gebracht und werden die Soli von Fräulein v. Lauppert und Herrn Krauß vorgetragen. Begleitung Harmonium.

(Konzert.) Zu Gunsten des patriotischen Hilfsvereines Marburg findet Mittwoch den 28. März im großen Casinosaale ein Konzert

statt, wozu die annerkannt bewährten musikalischen Kräfte Baroness Loise Keith aus Graz, Herr Dr. Gustav Großbauer aus Graz und Herr Professor Rudolf Casper in zuvorkommendster Weise ihre Mitwirkung zusagten.

(Parkteich.) Der Fischfang im Parkteich ergab 207 Kilo schöner Karpfen, welche der Leihhüter Nobitsch kaufte. Er wird damit jedenfalls raschen Absatz haben, da die Fische außerordentlich schmackhaft sind.

Letzte Post.

Die Vollversammlung des Deutschen Nationalvereines im Gerichtsbezirke Wagnsdorf hat die entschiedene Opposition der vereinigten Linken als eine patriotische That erklärt.

Professor Bilinski hat in seiner Kandidatenrede zu Lemberg mitgetheilt, daß Galizien um zwei Millionen Grundsteuer mehr zahlen müßte, wenn Dunajewski nicht Finanzminister wäre.

Das russische Kriegsministerium soll beabsichtigen, die Pferdeausfuhr verbieten zu lassen.

Die Pforte hat den Verkehr und Verkauf von ausländischen Obligationen und Lotteriepromessen bei Strafe der Beschlagnahme und gerichtlicher Verfolgung verboten.

Die französische Regierung wird möglichst schnell die Zuschläge für Lieferungen von Mobilien ertheilen, welche in den verschiedenen Ministerien und einigen großen Verwaltungen gebraucht werden und hat über die Mittel zur Herstellung von fünftausend billigen Arbeiterwohnungen berathen.

Der Vertreter für Helston (Aubyn) ist von unbekannter Hand gewarnt worden, sich zur Wiedereröffnung des Unterhauses nach Ostern einzufinden, da eine irländische Mörderbande entschlossen ist, das Parlamentsgebäude in die Luft zu sprengen.

Gingefandt.

Nach den Polizeivorschriften ist das Schnalzen im Pomörium der Stadt bei Strafe strengstens verboten, allein was helfen die besten Vorschriften und Gesetze, wenn sie nicht gehandhabt werden.

Unsere Herren Polizeimänner haben entweder taube Ohren, oder, was wahrscheinlicher ist, sie haben sich an die Schnalzkonzerte, die täglich von den diversen Knechten in den belebtesten Stadttheilen exekutirt werden, derart gewöhnt, daß sie es als ein besonderes Vergnügen ihres Trommelfells angehen lassen, ohne energisch einzuschreiten, denn sonst wäre es nicht möglich, daß diese Plage in so erschreckender Weise überhand nehmen könnte.

Die Bewohner der Stadt würden dem löbl. Stadtrath gewiß sehr dankbar sein, wenn er in dieser Hinsicht durch Instruktionen an die unterstehenden Organe und strenge Bestrafung der Schuldigen dieser Stadtplage ein rasches Ende bereite.

Mehrere Bürger.

Erklärung.

Bezugnehmend auf das Eingekant „Mit Steinwürfen empfangen“ sieht sich der Unterfertigte veranlaßt, hiemit zu erklären, daß zufolge durchgeführter Untersuchungen kein Schüler der städtischen Magdalena-Volkschule am Sonntag, den 18. März, die Handlungsschüler mit Steinen bombardirte.

Johann Fersch, Oberlehrer.

Vom Bübertisch.

Der „junge Kikeriki“

ist ein humoristisch-satirisches Volksblatt, welches den Abonnenten den großen Vortheil bietet, daß es nur einmal in der Woche erscheint. Der „junge Kikeriki“ ist so eine Art Liebig'schen Fleisch-Extraktes, erzeugt aus allen Dshereien, die in der weiten, bekanntlich mit sehr wenig Verstand regierten Welt vorkommen. Wer also auf den „jungen Kikeriki“ — wo möglich ganzjährig — abonnirt ist, der geht sicher, daß er auch in den Zeiten der größten geistigen Armuth einen moralischen warmen Löffel in den Leib

bekommt. Der „junge Kikeriki“ ist zudem ein Witzblatt, das man den höchsten Töchterchulen in die Hand geben kann; die Menschheit macht so viel ehrbare Dummheiten, daß er gar nie das Bedürfnis fühlt, schlüpfzig zu werden. Der „junge Kikeriki“ kann im feinsten Salon aufliegen, denn er riecht — Dank der Fürsorge der österreichischen Regierung — nicht nach Tabak. Bei allen diesen Vorzügen ist der „junge Kikeriki“, wie sich das für ein echtes Witzblatt scheidt, spottbillig. Für die Provinz kostet er ganzjährig 3 fl. 40 kr., halbjährig 1 fl. 70 kr., vierteljährig 85 kr.; fürs Ausland ganzjährig 5 fl. Es ist nichts weiter nöthig, als eine Korrespondenzkarte an den „jungen Kikeriki“, Wien, Schulerstraße 14, zu richten und die Zusendung erfolgt sofort. Was das Feuer nicht heilt, das heilt das Eisen, und wo auch das Eisen nicht hilft, da gib't's nur noch ein Mittel, das ist ein Abonnement auf den „jungen Kikeriki“.

Der Frühling naht und die Sonne —
Sie lacht schon in aller Früh,
Das kommt, sie ist abonniert
Auf den „jungen Kikeriki“.

Ihr hört auch von lachenden Fluren;
Warum, denkt Ihr, lachen denn die?
Ganz einfach, sie sind Abonnenten
Vom „jungen Kikeriki“.

Das merket und lernet von ihnen,
Das Leben mit Lachen zu würzen;
Kommt Alle, kommt abonniren:
Wien, Schulerstraße 14!

Beiträge der Mitglieder des Stadtverschönerungs-Vereines.

Herr Anton Scheiff	fl. 2.—
„ Heinrich Schleicher	5.—
„ Hermann & Scharnagl	4.—
„ Schnabl, Professor	2.—
„ Scherbaum Gustav	2.—
„ Scherbaum Karl	3.—
„ Mikusch Rudolf	2.—
„ Huber, Kunstgärtner	2.—
„ Girstmayr Franz	2.—
„ Braß	2.—
„ v. Dervent, k. k. Oberst	2.—
„ Grauda	2.—
„ Jezula, Rechn.-Revident	2.—
„ Franz Sorčić, Dompropst	2.—
„ Alois Trenkle, Verwalter	2.—

Neue Beiträge nimmt dankbarst entgegen Herr Kokošinegg, Kassier. Der mindeste Mitglieder-Beitrag ist 2 fl., jedoch werden der Großmuth keine Schranken gesetzt.

Danksagung.

Vor drei Jahren versicherte sich mein Bruder, Herr Emil Rak, auf den Todesfall mit vierzehntausend Francs zu Gunsten seiner Tochter bei der Lebensversicherungs-Gesellschaft „The Gresham in London“.

Als Vormund der minderjährigen Tochter erhielt ich von dem General-Repräsentanten in Laibach, Herrn Guido Zeschko, die versicherte Summe ohne jeglichen Abzug auf das Pünktlichste ansbezahlt, wesshalb ich mit Vergnügen die Gelegenheit ergreife, der Anstalt öffentlich meinen Dank zu sagen und dieselbe Jedermann wärmstens zu empfehlen.

301

Dr. Rak.

Der heutigen Nummer liegt als Extra-Beilage die Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Herbst bei.

Diurnisten

mit 1 fl. täglich werden bei der IV. Katastral-Vermessungs-Abtheilung, Bürgerstraße 53, sofort aufgenommen. 298

Nr. 234. **Kundmachung.** 292

Auf die Schlapfenbezirksstraße II. Klasse kommen pro 1883 70 Kubikmeter Schotter beizustellen u. zw. auf

- | | | |
|---|-----------|----|
| 1. Vom Frohm'schen Hause in der Grazer-Vorstadt bis zur Auffahrt in's Bahnhof-Magazin — — — — — | Kubikmtr. | 20 |
| 2. Von dort bis zum Eingange in die Schlapfen — — — — — | | 30 |
| 3. Vom Ende der Schlapfen nächst dem Jäger'schen Hause bis zum Ende der Bezirksstraße — — — — — | | 20 |

Zur Sicherstellung dieses Schotterbedarfes findet am 2. April 1883 um 10 Uhr Vormittags eine Minuendo-Lizitation in der hiesigen Amtskanzlei statt.

Die Lizitationsbedingungen können hieramts eingesehen werden.

Bezirks-Ausschuß Marburg, am 17. März 1883
Der Obmann: Dr. Jos. Schmiderer.

3. 211. **Kundmachung.** 291

Auf die Würtemberg-Ziglenzen, dann auf die Verbindungsstraße von Ziglenzen nach St. Martin und Hohenburger Bezirksstraße II. Kl. kommen 265 Kubikmeter Schotter pro 1883 beizustellen u. zw. auf das

- | | | |
|--|-----------|----|
| 1 Von der Reichsstraße in St. Magdalena bis Unter-Boberich — — — — — | Kubikmtr. | 30 |
| 2 Von dort bis zur Zwertendorfer Gemeindegrenze — — — — — | | 15 |
| 3 Von dort bis zur Lendorfer Gemeindegrenze — — — — — | | 10 |
| 4 Von dort bis zur Lendorfer Schottergrube | | 20 |
| 5 Von dort bis zur Ueberfuhr — — — — — | | 30 |
| 6 Von dort bis zur Rosfärbrücke — — — — — | | 30 |
| 7 Von dort bis zur St. Martin'schen Gemeindegrenze — — — — — | | 30 |
| 8 Von dort bis zur Pettauer Bezirksgrenze | | 40 |
| 9 Vom Schmied in Unter-Täubling bis zur St. Leonharder Bezirksgrenze | | 30 |
| 10 Auf die Verbindungsstraße — — — — — | | 15 |
| 11 Auf die Hohenburgerstraße — — — — — | | 15 |

Zur Sicherstellung des Schotterbedarfes findet am 31. März 1883 Vormittags 10 Uhr eine Minuendo-Lizitation in hiesigen Bezirksvertretungs-Lokale statt.

Die Lizitationsbedingungen können hieramts eingesehen werden.

Bezirks-Ausschuß Marburg, am 8. März 1883.
Der Obmann: Dr. Jos. Schmiderer.

Nr. 207. **Kundmachung.** 287

Am 29. März 1883 Vormittag 11 Uhr findet in St. Lorenzen a. R. B. beim Herrn Anton Gafner behufs Sicherstellung des Schotterbedarfes für die St. Lorenzner und Jodlberger Bezirksstraße II. Klasse pro 1883 eine Minuendo-Lizitation statt.

Der Schotterbedarf besteht in der Erzeugung und Verführung von 260 Kubikmeter Schlägelschotter und zwar auf

- | | | |
|--|-----------|----|
| I. die St. Lorenzner Bezirksstraße II. Klasse: | Kubikmtr. | |
| 1 Von der Ueberfuhr bis zum Kreuzwirth | | 30 |
| 2 Von dort bis Maria in der Wüste | | 80 |
| 3 Von dort bis zum Rosfoll — — — — — | | 50 |
| 4 Von dort bis zum Ende der Bezirksstraße | | 30 |

II. Die Jodlberger Bezirksstraße II. Klasse:

- | | | |
|--|-----------|----|
| 1 Von der Jaaler Ueberfuhr bis auf die Anhöhe des Jodl's — — — — — | Kubikmtr. | 50 |
| 2 Von dort bis Maria in der Wüste — — — — — | | 20 |

Die Lizitationsbedingungen können hieramts eingesehen werden.
Bezirks-Ausschuß Marburg, am 8. März 1883.
Der Obmann: Dr. Jos. Schmiderer.

Nr. 210. **Kundmachung.** 290

Am 29. März Nachmittags 3 Uhr findet in Reifnig-Fresen im Gasthause der Frau Maria Millemoth behufs Sicherstellung des Schotterbedarfes für die Welfa-Bezirksstraße pro 1883 eine Minuendo-Lizitation statt.

Der Schotterbedarf besteht in der Erzeugung und Verführung von 280 Kubikmeter Schlägelschotter und zwar auf

- | | | |
|--|-----------|-----|
| 1 Von der Ueberfuhr bis zum Bahnhof Reifnig-Fresen — — — — — | Kubikmtr. | 20 |
| 2 Von dort bis zur Urbanfäße — — — — — | | 180 |
| 3 Von dort bis zur Mahrenberger Bezirksgrenze — — — — — | | 80 |

Die Lizitationsbedingungen können hieramts eingesehen werden.

Bezirks-Ausschuß Marburg, am 8. März 1883.
Der Obmann: Dr. Jos. Schmiderer.

Kundmachung.

An der Landes-Obst- und Weinbauerschule bei Marburg findet in der Zeit vom 27. bis 31. März ein Hospitanten-Kurs statt, in welchem der Schnitt und die Pflanzung der Reben und des Obstbaumes gelehrt wird.

Zutritt hat jeder Gebildete.

Anmeldungen nimmt entgegen und Auskünfte ertheilt

299 die Direktion.

Nr. 209. **Kundmachung.** 289

Auf die Pettauer Bezirksstraße II. Klasse kommen pro 1883 250 Kubikmeter Schotter beizustellen.

Zur Sicherstellung dieses Schotterbedarfes findet am 31. März 1883 Vormittags 10 Uhr eine Minuendo-Lizitation statt.

Die Lizitationsbedingungen können hieramts eingesehen werden.

Bezirks-Ausschuß Marburg, am 8. März 1883.
Der Obmann: Dr. Jos. Schmiderer.

31. 206. **Kundmachung.** 286

Auf die Jaringer Bezirksstraße II. Klasse kommen pro 1883 155 Kubikmeter Schlägelschotter aus dem Jaringhofer Steinbruche und zwar auf folgende Strecken beizustellen:

- | | | |
|--|-----------|----|
| 4 Von der Sod'schen Hube bis zum Verblatfchkreuz — — — — — | Kubikmtr. | 60 |
| 5 Von dort bis zur Gemeinde Waigen | | 30 |
| 6 Von dort bis zur Gemd. Pöllitschdorf | | 40 |
| 7 Von dort bis zum Ende der Bezirksstr. | | 25 |

Zur Sicherstellung dieses Schotterbedarfes findet am 2. April 1883 um 10 Uhr Vormittag eine Minuendo-Lizitation im hiesigen Amtslokale statt.

Bezirks-Ausschuß Marburg, am 8. März 1883.
Der Obmann: Dr. Jos. Schmiderer.

Gesucht für Krain

ein **Werkführer** für eine mechanische **Mahlmühle**. Derselbe soll ledig, mit guten Kenntnissen versehen, des Lesens u. Schreibens und wo möglich beider Landessprachen kundig sein. Nähere Auskunft in der Exped. d. Bl. (285)

Schöne Wohnung

mit 5-7 Zimmern und Zugehör ist in der **Fegetthoffstraße** Nr. 37 II. Stock, vom 1. Juli 1883 an zu vermieten. Anfrage da selbst im 1. Stock. 201

Erlaube mir dem geehrten P. T. Publikum bekannt zu geben, dass ich die **Niederlage** und **Vertretung** der **weltbekannten** Firma in **Hüte-Manufactur**

„Aux trois François“

für **Marburg und Umgebung** übernommen habe, und werden **nur bei mir** die **Filzhüte** in allen modernen Farben um den **Einheitspreis** von

fl. 2.20

feinst engl. **Cylinder 4 Gulden 50 Kreuzer** verkauft.

Die Filzhüte von benannter Firma sind vorzüglich in der Qualität,

garantirt neue wasserdichte Hüte,

und ist der sicherste Beweis für die Vorzüglichkeit dieser Waare, dass nicht allein das Wiener Geschäft, sondern auch die vielen Niederlagen, welche in der Zeit eines Jahres errichtet wurden, einen grossartigen Absatz dieser Fabrikate nachweisen können. — Die Filzhüte von

Aux trois François

sind entschieden **besser als alle Concurrrenzhüte**, sind auf das Eleganteste gefüttert und staffirt, und **mit diesen nicht zu vergleichen.**

Achtungsvoll

Leonhard Metz.

Gleichzeitig beehre mich ergebenst anzuzeigen, dass ich ausser obgenannter Niederlage auch das **Depôt der Wiener Hofhutfabrik Wilh. Pless** übernommen und Hüte in Mittelwaare bis zur feinsten Qualität auf Lager führe.

Bl. 208. **Kundmachung.** 288

Auf die Maria-Raster Bezirksstraße II. Klasse sammt den Zufahrtsstraßen zum Bahnhofs Maria-Rast und Feistritz kommen pro 1883 520 Kubikmeter Rundschorer beizustellen und zwar auf

Posten	Sub.f.mtr.
1 Von der Birn in der St Magdalena-Vorstadt bis zur Brunnendorfer-Pikern-dorfer Gemeindegrenze	100
2 Von dort bis zur Brücke in Lembach	60
3 Von dort bis zur Feistritzbrücke	100
4 Von dort bis zur Maria-Raster Gemeindegrenze	30
5 Von dort bis zum Eingange in M. Rast	25
6 Von dort bis zum Friedhof	15
7 Von dort bis zum Ende d. Bezirksstraße	75
8 Auf die Zmolnig-Zufahrtsstraße zum Bahnhofs Maria-Rast	40
9 Von der Draawalder Reichsstraße zur Raster Ueberfuhr	15
10 Von dort bis zum Bahnhofs M.-Rast	20
11 Auf die Bahnhofzufahrtsstraße vom Orte Maria-Rast	20
12 Von der Draawalder Reichsstraße bis zur Faaler Ueberfuhr	20

Zur Sicherstellung dieser Schotterbeistellung findet am 2. April 1883 Vormittags 10 Uhr im hiesigen Amtsfloale eine Minuendo-Lizitation statt.
Die Lizitationsbedingungen können hieramts eingesehen werden.
Bezirks-Ausschuß Marburg, am 8. März 1883
Der Obmann: Dr. Jos. Schmiderer.

Franzbranntwein und Salz.

Als Einreibung zur erfolgreichen Behandlung von Gicht, Rheumatismus, jeder Art Gliederschmerzen und Lähmungen, Kopf-, Ohren- und Zahnschmerz; in Form von Umschlägen bei allen Verletzungen und Wunden, bei Entzündungen und Geschwüren. Innerlich, mit Wasser gemischt, bei plötzlichem Unwohlsein, Erbrechen, Kolik und Durchfall.
Nur echt, wenn jede Flasche mit meiner Unterschrift und Schutzmarke versehen ist. In Flaschen f. Gebrauchs-Anweisung 80 kr. öw.

Moll's Seidlitz-Pulver.

Nur echt, wenn auf jeder Schachtel meine vervielfachte Firma aufgedruckt ist. Seit 30 Jahren stets mit dem besten Erfolge angewandt gegen jede Art Magenkrankheiten und Verdauungsstörungen (wie Appetitlosigkeit, Verstopfung etc.), gegen Blutcongestionen und Hämorrhoidalalleiden. Besonders Personen zu empfehlen, die eine sitzende Lebensweise führen. Falsifikate werden gerichtlich verfolgt.
Preis einer versiegelten Orig.-Schachtel 1 fl. öw.

Dorsch-Leberthran
von Krohn & Co., Bergen, Norwegen.

Dieser Thran ist der einzige, der unter allen im Handel vorkommenden Sorten zu ärztlichen Zwecken geeignet ist. (1)
Preis 1 fl. öw. pr. Flasche f. Gebrauchsanweisung.

Haupt-Versandt
bei
A. Moll, Apotheker, k. k. Hoflieferant, Wien Tuchlauben.
Das P. T. Publikum wird gebeten ausdrücklich Moll's Präparate zu verlangen und nur solche anzunehmen, welche mit meiner Schutzmarke und Unterschrift versehen sind.
Marburg: M. Moric & Bancalari, M. Berdajs, A. Mayr und J. Noss, Apotheker.
Cilli: J. A. Kupferschmied, Ap.
Baumbach's Erben, Ap.
Prässa: Fr. Rauscher.
Pettau: H. Eliasch, Ap.
Radkersburg: C. E. Andrieu, Ap.
Fr. Koller's Erben.
Tüffer: A. Elsbacher.

Greisler- oder Produkten-Geschäft

auf sehr gutem Posten wird **abzulösen gesucht**, eventuell auch das **Gaus** dazu **gekauft**.
Auskunft im Comptoir d. Bl. (264)

Indem ich für das mir bisher geschenkte Vertrauen danke, gebe ich allen P. T. Kunden bekannt, daß ich ebenfalls eine große Auswahl dieser billigen **Concurrenzhüte** führe. Auch werde ich ferner bemüht sein, meine Kunden mit dem **Pugen von Stroh- und Filzhüten** zufrieden zu stellen.
Achtungsvoll
Franz Puswald,
Burggasse Nr. 2.

296 Das **Schnittwaarengeschäft** des Herrn

J. C. Petternel
wird zufolge Beschlusses des Gläubiger-Ausschusses für Rechnung der Concurs-Masse fortgeführt und hat der Detail-Verkauf bereits begonnen.
302 Die **Masse-Verwaltung**.

Zu kaufen
gesucht werden **landtäfliche Güter** auch in slavischer Gegend, sowie verschiedene **Realitäten** in **Untersteiermark**.

Gleichzeitig gebe ich zur Kenntniss, dass ich eine **grosse Auswahl** von **Zinshäusern** in **Graz** mit **guter Rente** sowohl in der innern Stadt als Vorstädten, sowie Familienhäuser und Villen zu **verkaufen** habe. (276)

Graz. **Carl Sonnegger** Graz.
Jakominigasse 16

Ispännige Kalesche, gut gefedert und erhalten, zu kaufen gesucht. Adressen nimmt **A. Schröfl** in Marburg entgegen. 303

Hausverkauf.
1 Stock hoch. Zinsertrag 480 fl. Preis 3500 fl. Auskunft bei **Gamse**, Tegetthoffstraße Nr. 59. 300

Pferd, **Geschirre u. Wagen billig.**
Schöner Kutschwagen
wird billig verkauft.
Auskunft im Comptoir d. Bl. 268

Richard Mabl, **Sattler**,
Webergasse Nr. 5, Kammerer'sches Haus, empfiehlt sich zu allen Gattungen Wagen-, Sattler-, Tschner-, Tapezierer- und allen in dieses Fach einschlagenden Arbeiten.

Zahnschmerz jeder Art
beheben sofort: **Liton à 70 kr.**, **Zahnheil à 40 kr.** wenn kein anderes Mittel hilft.
Bei Herrn **W. König** Apotheker. (4)

Das illustrierte
„AMERIKA“

Erscheint am **1., 10. und 20.** jeden Monats.



Abonnements-Preis: incl. franco-Postzufendung, ganzj. **5 fl. = 10 M.** halbjährig **2.50 = 5 M.**

Die mit **ausserordentlicher Anerkennung** von der Presse und dem Publikum aufgenommenen und bereits in ihren

3. Jahrgang getretene illustrierte Zeitschrift: „Amerika“

bringt **wahrheitsgetreue** Mittheilungen aus dem **geistigen, gesellschaftlichen und geschäftlichen** Leben in den **Vereinigten Staaten von Amerika** und ist für Alle, welche an dem mächtig emporblühenden Staates jenseits des Oceans Interesse nehmen, bestimmt.
Diese Zeitschrift sollte überhaupt auf keinem Bäckertische und in keinem Kessel oder Club fehlen, da sie eine längst gefühlte Lücke ausfüllt.
Probenummern werden auf Verlangen **gratis** u. **franco** versendet vom
Herausgeber: **Otto Maas** in **Wien**, I., Wallfischgasse 10.

Annoncen-Expedition
Gegründet 1855
Aeltestes u. größtes Geschäft dieser Branche
in **Wien und Prag**
Budapest, Linz,
sowie in den Hauptstädten Deutschlands u. der Schweiz

Haafenstein & Vogler
(Firma-Inhaber: **Otto Maas**, Buchdruckerei-Besitzer, Wien.)

Anzeigen
jeder Art, betreffend: Geschäfts- und Waaren-Empfehlungen, Verkäufe und Versteigerungen, Lehr- und Erziehungs-, Bade- und Heil-Anstalten; Associations-, Agentur-, Stellen- und Arbeits-Angebote, Kaufgesuche, Familienangelegenheiten u. werden in alle Zeitungen und sonstigen Publications-Organe der Welt zu denselben Preisen, welche von den Zeitungen dem Publikum selbst berechnet werden, also ohne Zuschlag einer Provision promptest besorgt. Uebersetzungen in fremde Sprachen gratis. Offerten-Aufnahme auf Annoncen und Weiterbeförderung der einlaufenden Briefe ohne Gebührensrechnung. Zeitungs-Verzeichnisse und Kopien-Voranschläge gratis und franco.

Rede

Sr. Excellenz des Herrn Abgeordneten

Dr. Herbst

als Generalredner in der General-Debatte über das Budget 1883

der 273. Sitzung des Abgeordnetenhauses

nom

2. März 1883.



Es ist nun das vierte Mal, daß mir in diesem hohen Hause in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung die Ehre zu Theil wurde, durch die Redner auf dieser Seite des hohen Hauses zum Generalredner gewählt zu werden. Ich bin mir daher wohl bewußt, welche Verpflichtungen ich damit übernommen und worüber ich zu sprechen habe, und worüber zu sprechen ich auch, da nun 22 Jahre verstrichen sind, seit ich ununterbrochen an den Budgetberathungen dieses hohen Hauses theilgenommen habe, einigermaßen berufen sein kann. Die Herren brauchen sich nicht zu fürchten, daß ich dem Beispiele desjenigen Redners von der anderen Seite, welcher soeben wieder sprach, folgen, und mich in eine Polemik einlassen werde, und zwar am allerwenigsten in jene Methode der Polemik, welche demselben beliebt hat und welche darin besteht, daß man einzelne Sätze einer unleugbar geistvollen und bedeutenden Rede aus dem Zusammenhang reißt, sich dieselben beliebig appetirt (Sehr gut! links) und daraus Schlußfolgerungen zieht. (Sehr richtig! links.) Ich habe umsoweniger nothwendig, mich mit der Rede des sehr geehrten Herrn Abgeordneten weiter zu beschäftigen, weil ein Redner aus diesem hohen Hause bereits gestern in offenbar zureichender und sehr treffender Weise dessen Ausführungen besprochen hat, namentlich auch die Ausführungen desselben über die Verhältnisse in Wien und über eine vielbesprochene Angelegenheit in Wien. Ich kann daher auch das,

was ihm von zwei oder drei Damen — etwas für einen Statistiker sehr Unbestimmtes (Heiterkeit links), denn er variirt um nicht weniger als 50 Percent in seiner Angabe — ich kann also das, was ihm im Kreise einiger Damen bekannt geworden ist, umso mehr mit Stillschweigen übergehen, weil solche Bemerkungen von seiner Seite etwas unerwartet kamen; denn ihm sind ja die Verhältnisse einer anderen Stadt offenbar viel besser bekannt, als diejenigen von Wien, und er hätte daran denken sollen, daß bezüglich dieser Stadt im Jahre 1880, also vor mehr als zwei Jahren, das Reichsgericht einen Ausspruch gefällt hat, der die Einrichtung einer Schule mit einer dortigen Landessprache — was doch heute die czechische in Wien noch nicht ist (Sehr richtig! Heiterkeit links) — angeordnet hat und er darin nichts Besonderes findet, daß dieser Ausspruch des Reichsgerichtes bezüglich einer Nationalität, welche dort die volle Gleichberechtigung genießen muß, noch bis zum heutigen Tage ohne Ausführung geblieben ist. (Beifall links.)

Ich halte es vielmehr für meine Pflicht, daß ich vom Budget spreche und von der Politik nur insofern, als sie bei uns einen täglich wahrnehmbaren, wenn auch nur auf dem Umwege über Prag und Lemberg (Heiterkeit. — Sehr gut! links) uns kundbar werdenden Einfluß auf das Budget nimmt. Und nachdem ich, wie gesagt, seit vier Jahren als Generalredner zu sprechen in der Lage bin,

werden Sie es begreiflich finden, wenn ich anknüpfe an das Jahr 1880 und mich in der Vergleichung nicht auf das unmittelbar vorangehende Jahr 1882 beschränke.

Im Jahre 1880 fand die Budgetberathung unter dem Eindrucke jenes ministeriellen Programmes statt, welches in der Allerhöchsten Thronrede niedergelegt war, und welches in so ganz merkwürdiger Weise durch das vorgelegte Budget sofort nicht eingehalten wurde. Es war in Aussicht gestellt, daß Ersparungen auf allen Gebieten des Staatshaushaltes und des öffentlichen Lebens stattfinden sollen und es wurde in Aussicht gestellt, daß das Deficit ohne Inanspruchnahme des Staatscredits und ohne Benachtheiligung der Steuerkraft gedeckt werden solle. Von alledem enthielt nun das vorgelegte Budget nichts und es wurden schon damals eigenthümliche Erklärungsversuche gemacht und in späterer Zeit diese Nichteinhaltung vom Herrn Ministerpräsidenten damit erklärt, daß er ja nicht wissen konnte, wie die Majorität des Hauses aussehe werde, obschon man sich sagen mußte: wer hätte es denn sonst wissen sollen, wenn er es nicht gewußt hat? (Sehr richtig! — Heiterkeit links.) Aber die Redner von der anderen (rechten) Seite des Hauses erklärten, das Budget sei ja gar nicht das Budget des Ministeriums Laaffe, es sei vielmehr das Budget des vorangegangenen Ministeriums. *Lapoa facit* könnte es damals von den Banken jener (rechten) Seite des Hauses.

Nun wohl, wir mußten uns damals darauf beschränken, jene Vorwürfe zurückzuweisen, welche in ganz unberechtigter Weise gegen frühere Regierungen und Vertretungen gemacht wurden. Denn was Alles schob nicht jener Redner, der ausdrücklich erklärte im Namen seiner Partei zu sprechen, in die Schuhe der vorbestandene Regierung, der sogenannten Verfassungspartei? Das riesige Anwachsen der Staatsschuld, die sonstigen übernommenen finanziellen Verpflichtungen, insbesondere die Zinsengarantien der Eisenbahnen. Für den, der gleich mir kein Novize in der Betrachtung des Budgets ist, war die absolute Grundlosigkeit dieser Behauptungen allerdings evident und ich konnte mich daher damals vorzüglich damit beschäftigen, nachzuweisen, wie ganz irrig und allen Grundes entbehrend dieser Vorwurf sei.

Denn, wann ist die Staatsschuld enorm gewachsen? Immer zur Zeit des Absolutismus und zur Zeit der Sistrung, und ich fürchte, auch in der Zeit des gegenwärtigen Systems ist nicht zu erwarten, daß wir etwa in Zukunft nicht werden sagen müssen, daß es nicht ein enormes Anwachsen der Staatsschuld herbeigeführt hat.

Und was die Zinsengarantien der Eisenbahnen betrifft, so muß ich fragen, welche Eisenbahnen nehmen denn noch heute, wenn wir das Budget betrachten, die Zinsengarantie in außerordentlichem Maße in Anspruch? Nicht diejenigen, welche während der längeren Zeit der Wirksamkeit liberaler Ministerien bewilligt wurden, sondern diejenigen, welche auf die kurze Zeit der Sistrung fallen, auf eine Zeit von nicht ganz zwei Jahren. Hener betragen die Zinsengarantien der Eisenbahnen ungefähr 13 Millionen. Von diesen 13 Millionen aber entfällt die weitaus größere Hälfte auf die Concessionen, welche in der Sistrungsperiode erteilt wurden, wie auf die Czernowitz-Suczawabahn, auf das Ergänzungsnetz der Karl Ludwig-Bahn, auf die mährisch-schlesische Nordbahn, und insbesondere auf die Rudolfs-Bahn. Und von dem verbleibenden weitaus kleineren Theile entfällt wieder ein großer

Theil nicht auf die Zeit des constitutionellen Regimes, sondern ist von demselben bereits übernommen worden. Wie grundlos also beide Behauptungen waren, wird wohl heute Niemand mehr in Abrede stellen.

Aber auch noch eine andere Ansicht wurde damals geltend gemacht, die heute doch schon so ziemlich von ihren eigenen Vertheidigern im Stich gelassen wird. Das ist nämlich die Ansicht, daß nur durch ausgedehnte Autonomie auf dem Gebiete der politischen Verwaltung das Deficit werde beseitigt werden können. Nun, wenn man einer Auslage von fast 500 Millionen gegenüber die Auslage für die politische Verwaltung berücksichtigt, welche, abgesehen von dem Sanitätsdienste, nicht viel mehr als 4 Millionen ausmacht, und wenn man berücksichtigt, daß denn doch unter allen Umständen und wenn man noch soviel auf die autonomen Körperschaften überwälzt, doch noch irgend etwas dem Staate zu verwalten übrig bleiben wird, so ist es ganz klar, daß die Täuschung, in der man Jahre lang sich selbst bewegt und in die man Andere versetzt hat, als könne durch eine Aenderung in dem Systeme der Verwaltung, abgesehen von anderen Momenten, irgend welcher finanzieller Vortheil erreicht werden, schon längst als beseitigt angesehen werden muß. (Sehr gut! links.)

Daher ist heute für Denjenigen, welcher von dieser (linken) Seite des hohen Hauses über das Budget zu sprechen hat, die Stellung eine andere geworden, er braucht nicht mehr Recriminationen, die durch ihre inmerwährende Wiederholung nicht begründeter wurden, aufs Neue zu widerlegen. Ueber das sind, glaube ich, die Herren schon selbst hinaus. Er braucht auch nicht darauf hinzuweisen, daß von der Erweiterung der Autonomie in den Ländern und Gemeinden sofort ein finanzieller Vortheil für das Reich zu erwarten sei, abgesehen davon, daß, wenn man die Lasten vom Reiche auf andere Kreise überwälzt, es der Bevölkerung ganz gleichgiltig ist, ob sie eine Steuer oder eine Gemeindeumlage, oder eine Bezirksumlage in erhöhtem Betrage (Sehr richtig! links) zahlt.

Heute jedoch vermag ich das Budget von 1880, das Budget, von welchem jener Redner sagt, es sei unser Budget mit Ihrem Budget vom Jahre 1883 zu vergleichen, und zwar muß ich zuerst vorausschicken, unter wie viel günstigeren Verhältnissen heutzutage die Regierung finanziell wirtschaften kann. Dies ist auch nichts Neues, denn ich habe dasselbe schon in früherer Zeit, in den Reden der früheren Jahre ausführlich dargelegt. Ich hebe nur Einiges davon hervor; das Eine ist das Verschwinden des Silberagios (Sehr richtig! links), ein Verschwinden, an dem die Regierung und das jetzt bestehende System auch nicht den mindesten Antheil hat. (Sehr richtig! links.) Denn sonst müßte ja kein Goldagio bestehen. Das Verschwinden des Silberagios hat seinem Grund in der Münzpolitik des deutschen Reiches und in der dadurch herbeigeführten Entwerthung des Silbers, und wenn heute der Bimetallismus eingeführt und das Silber restituiert werden sollte, so haben wir ja wieder ein Silberagio in einem Betrage, der zwar vielleicht etwas geringer als der des jetzigen Goldagio, aber immerhin ein ganz respectabler wäre. Für uns in Oesterreich war daher, wenn man den rein finanziellen und nicht auch den volkswirtschaftlichen Standpunkt im Auge behält, die Münzpolitik des deutschen Reiches ein wahres Glück, und der Herr Finanzminister kann sich dafür beim Fürsten Bismarck bedanken, nicht aber bei dem jetzt herrschenden Systeme. (Sehr gut! links.) Um

Die Bedeutung dieses Momentes zu würdigen, erlaube ich mir nur darauf aufmerksam zu machen, daß auf Grund vieljähriger Erfahrungen in unserem Budget Ein Percent Silberagio eine Belastung von 600.000 fl. bedeutet (Hört! links), und daß, wenn wir heute ein Silberagio von 15 Percent hätten, dies so viel wäre, als eine Vergrößerung des Deficites um 9 Millionen und da ist es vom rein finanziellen Standpunkte betrachtet doch wohl ein Glück, wenn sich das Deficit ohne weiteres Hinzuthun um 9 Millionen vermindert.

Dazu kommen aber noch andre Momente, welche gleichfalls nicht in Oesterreich ihre Wurzeln haben, und hieher gehört insbesondere das Sinken des Zinsfußes. Das Sinken des Zinsfußes hat schon insofern eine hohe finanzielle Bedeutung, als, wenn es nicht stattgefunden hätte, unsere Regierung, welche ja Jahr für Jahr auf den Geldmarkt treten muß, sich zu weit höheren Zinsen das Geld hätte verschaffen müssen und das Deficit um den Betrag dieser höheren Zinsen ebenfalls gestiegen wäre. (Sehr richtig! links.)

Und endlich leugne ich nicht und fällt es mir nicht ein zu leugnen, daß, nachdem die Nachwirkungen der großen Krise des Jahres 1873 allmählig verschwunden sind, und zwar auch nicht erst seit heute, denn das äußert sich schon seit geraumer Zeit, die wirthschaftlichen Zustände sich gebessert haben. Ich bin umso mehr berechtigt dies zu sagen, weil das nicht etwa ein Abgehen von den Principien ist, welche ich früher hatte. Ich habe nie in dieser Richtung pessimistische Ansichten gehabt, und mir schien es nie, daß die wesentlichste Aufgabe der modernen Statistik eine Statistik des menschlichen Elendes sei (Sehr gut! links), wie man von anderer Seite noch vor ganz kurzer Zeit gemeint hat, und ich bin somit nicht etwa vom Pessimismus ohne Vermittlung in den Optimismus hineingefallen. (Sehr gut! links.)

Ich habe vielmehr seit jeher die Symptome mit Freuden verfolgt, welche ein Wiedererwachen wirthschaftlicher Thätigkeit in Oesterreich bekunden und auch wieder unmittelbar einen finanziellen Vortheil für den Staat haben, weil gewisse Einkommenszweige des Staates dabei gewinnen, weil namentlich auch die Verpflichtungen des Staates aus dem Titel der Subventionen und gerade bei jenen Bahnen, welche durch das constitutionelle Regime zu Stande gekommen sind, sich wesentlich verringert haben, wiewohl dies freilich auf gewisse Bahnen sehr wenig Einfluß hat. Denn die Zunahme des Verkehrs hat bei einigen Bahnen, die ich nicht nennen will, die Finanzen sehr wenig entlastet, weil diese Bahnen, sowie manche, die Sie beschlossen haben und zu beschließen im Begriffe sind, von aller Verkehrszunahme darum keinen Vortheil haben werden, weil etwas nicht zunehmen kann, was nicht vorhanden ist, und wozu die Bedingungen nicht vorhanden sind (Sehr gut! links); aber abgesehen von diesen Bahnen ergab sich finanziell ein bedeutender und wesentlicher Vortheil.

Ich möchte aber nicht, daß man meine Bemerkungen über die Hebung der Volkswirtschaft mißverstehe.

Die Volkswirtschaft kann sich heben und es kann sich das in 3 ffern ausdrücken, und neben dieser Hebung der Volkswirtschaft kann ein immer weiter um sich greifendes Wuchern des Pauperismus stattfinden. Es gibt kein Land der Welt, welches als Gesamtheit einen solchen Reichtum aufweist, wie Großbritannien, und doch gibt es wieder vielleicht kein Land der Welt, ich brauche nur auf Irland hinzuweisen, das ja auch ein Theil Großbritanniens ist,

in welchem der Pauperismus eine solche Ausdehnung genommen hat, wie in England. Man möge sich darüber nicht täuschen, daß, wenn man vom Standpunkte des Statistikers eine Menge günstiger Verhältnisse ins Feld zu führen und durch Beispiele zu belegen im Stande ist, deswegen schon in weiten Kreisen der Bevölkerung nicht Noth und Elend herrscht. (Sehr richtig! links.) Man möge sich durch die glänzende Außenseite Wiens nicht darüber täuschen, in welchem Maße der Pauperismus in dieser Stadt plagt. (Sehr wahr! links.) Und auch dafür liegen statistische Daten vor.

Es ist nicht ohne Bedeutung, daß der Vicebürgermeister dieser Stadt, ein echtes und treues Wienerkind, in einer der letzten Sitzungen in solcher Weise sich über die Verhältnisse Wiens ausgesprochen und über etwas beklagt hat, was, wie man hätte glauben sollen, in Wien gar nicht vorkommen kann, und was auch vom Abgeordneten für Drohobycz berührt wurde. Er führte nämlich an, daß man auch schon in Wien anfängt zum Wanderstabe zu greifen, und die Heimat zu verlassen. Nun sagt freilich, der Abgeordnete für Drohobycz, und führt dies als einen Beweis der günstigen Verhältnisse an, daß das Percentalverhältniß, in welchem die Auswanderung zum Ueberschusse der Geburten steht, ein minimales sei. In dieser Beziehung muß ich wohl hervorheben, wie trügerisch diese Daten sind.

Glaubt denn der verehrte Herr Abgeordnete, daß die Ausweise über die Zahl der Auswanderungen richtig sind? Eines der letzten Hefte der statistischen Monatschrift beweist ja wie außerordentlich unrichtig diese Ausweise sind. (Sehr gut! links.) Denn, wenn z. B. in einem einzigen Hafen Nordamerikas vielleicht zweimal soviel Auswanderer aus Oesterreich in einem Jahre ankommen, als die officielle Statistik für ganz Oesterreich als Auswanderer berechnet, so muß etwas in dieser officiellen Statistik faul sein, und das ist sehr natürlich. Was können denn die Leute für ein Interesse haben, officiell ihre Auswanderung anzuzeigen? — Sollen sie es vielleicht darum thun, damit sie die Militärtaxe bezahlen müssen? (Heiterkeit links.) Das wird man denn doch den Leuten nicht zumuthen, daß, wenn sie dem Vaterlande den Rücken kehren, sie es blos um des Vortheils willen thun, daß dies in der officiellen Statistik richtig und genau specificirt werde, damit sie nicht blos die Militärtaxe zahlen, sondern vielleicht ihre Abreise um ein Jahr aufschieben müssen, bis über die Höhe der Taxe und die Sicherstellung derselben entschieden ist.

Auch ein anderes Datum ist mir von Bedeutung, und ich glaube, daß es auch der geehrte Herr Vicebürgermeister von Wien im Auge gehabt hat. Die Zeitungen meldeten, ich weiß nicht, ob es richtig ist oder nicht, es ist aber nicht widersprochen worden, daß im Monate Jänner und Februar dieses Jahres in Wien 120 Auswanderungs-Anmeldungen stattgefunden haben (Hört! hört! links), und da muß ich sagen, das ist ein entsetzliches Factum. Der Fremde, der, wie das beim Anwachsen der Städte natürlich ist, nach Wien kommt, um hier sein Unterkommen zu suchen, der wird nicht seine Auswanderung hier anmelden, oder wenn er dies thut, ist dies ein Beweis, daß die Zeit, wo man in Wien noch gut leben konnte und leichten Erwerb fand, nicht mehr sei.

Aber noch erschreckender wäre es, wenn das Wiener Zuständige wären, wenn statt, wie es in der Natur der großen Stadt liegt, daß sie eine Anziehungskraft von allen Seiten, auf Alle, die Erwerb und Unterkunft suchen, ausübt, sich Söhne der Stadt selbst genöthigt sähen,

die Stadt zu verlassen, und das ist mir wichtiger als die Ausführung, daß um soviel Zehntel Perc. weniger auswandern, als der Ueberschuß der Geburten über die Sterblichkeitsziffer beträgt.

Ich möchte an meine geehrten Herren Kollegen aus Böhmen appelliren, in welchem Maße dort die Auswanderung zunimmt (Zustimmung links), welche Scenen sich schon seit Jahren auf dem Prager Bahnhof der Staatsbahn abspielen und wie im Böhmerwald — was ich aus eigener Anschauung erklären kann — eine massenhafte Auswanderung stattfindet (Sehr richtig! links) ohne Anmeldung bei der politischen Behörde (Lebhafte Heiterkeit links), denn die Auswanderer wissen ja, daß, sobald sie die Grenze passirt haben, der Weg nach Amerika offen ist. Das ist das Eine.

Aber noch ein zweites und wahrhaft consternirendes Factum ist zu erwähnen. Es ist ja doch natürlich, daß mit dem Anwachsen der Bevölkerung in Wien — und dieses ist ja ganz bedeutend — die Consumtion der Verzehrungssteuerartikel schon an und für sich, auch wenn gar keine Zunahme des Wohlstandes stattfindet, steigen muß, weil ja mehr Menschen auch mehr essen müssen. Wenn nun gerade das Gegentheil eintritt (Hört! Hört! links) wenn ungeachtet der Zunahme der Bevölkerung eine Abnahme der Consumtion stattfindet, so ist das ein geradezu erschreckendes Symptom. (Beifall links.)

Man kann also zugeben, daß Thatsachen vorhanden sind, welche die wirthschaftliche Thätigkeit in Oesterreich als günstiger erscheinen lassen, aber ob die große Mehrzahl der Bevölkerung von dieser Zunahme der wirthschaftlichen Thätigkeit etwas hat, oder ob nicht vielmehr der Einzige, der davon etwas hat, der Fiscus ist (Heiterkeit — Sehr gut! links), das beweist das Budget, welches wir als das Ihrige ansehen müssen, das Budget für das Jahr 1883, wie ich das gleich im Vergleich desselben mit dem für 1880 darthun werde. Es sind nämlich die Staatseinnahmen in diesen drei Jahren unglaublich gestiegen.

Aber auch da würde sich der Statistiker einem Irrthume hingeben, wenn er meinen möchte, daß diese Steigerung bloß eine natürliche Steigerung des Erträgnisses der Steuern ist. Wir haben ja eine stattliche, ganz enorme Reihe von Steuern, welche in diesen drei Jahren auferlegt wurden, und gerade diejenigen, deren Wohl hier stets im Munde geführt wird, und die man durch papierenne Gesetze beglücken will, die kleinen Grundbesitzer, die Arbeiter und kleinen Gewerbetreibenden, gerade die sind es, welche alle diese Lasten zu tragen haben, welche durch neue Steuern und Steuererhöhungen der Bevölkerung auferlegt wurden. (Sehr richtig! links.) Es möge mir gestattet sein, diese Steuern und Steuererhöhungen anzuführen, welche die Behauptung sofort auf das richtige Maß zurückführen werden, daß z. B. aus dem vermehrten Erträgniß des Tabaks geschlossen werden könne, daß es der Bevölkerung, welche diesen consumirt, besser gehen müsse, als früher. Solche Steuern, welche neu eingeführt oder erhöht wurden, sind — ich werde sie nicht nach dem Grade ihrer Wichtigkeit, sondern wie ich sie hier eben aufgeschrieben habe, anführen: Die Schanksteuer durch das Gesetz vom 23. Juni 1881, die Gebäudesteuer vom 9. Februar 1882, welche namentlich den kleinen Grundbesitzer — es ist dies erst lezthin auseinandergesetzt worden — am schwersten trifft. Es wurden ferner in Istrien, Dalmatien und Brody nicht nur Zölle eingeführt, das wird bei der Frage der Zölle zur Sprache kommen, son-

dern es wurde dort auch die Verzehrungssteuer, und zwar auf Bier, Branntwein und Zucker, in Brody nur auf zwei dieser Kategorien eingeführt.

Es wurde ferner eingeführt — freilich war das die Folge einer gesetzgeberischen Thätigkeit, von deren Wirkungen man sehr viel in Aussicht gestellt hat, die aber im Sande verlaufen ist — die Steuer für Kunstwein und Halbwein bei der Einfuhr in geschlossene Orte. Ich glaube, daß diese nicht viel den Finanzen aufgeholfen hat.

Ferner wurde eine der drückendsten Lasten eingeführt, deren Berechtigung noch immerhin sehr zweifelhaft ist, das ist die Militärtaxe. Dann wurde der neue Zolltarif und das Sperrgesetz in Verbindung mit demselben, vom 28. Februar 1882 eingeführt. Weiter wurde eine Verbrauchsabgabe auf mineralische Oele eingeführt; es wurde eine Erhöhung des Kartenstempels und endlich eine wesentliche Erhöhung der Zuckersteuer eingeführt. Während nämlich schon im Jahre 1878 eine solche eintrat und — ich brauche das nicht weiter auseinanderzusetzen — das Steuercontingent in der Höhe von 6 Millionen festgesetzt wurde, welches von Jahr zu Jahr um 500.000 fl. steigen sollte, wurde im Jahre 1880 das Steuercontingent in der erhöhten Summe von 10 Millionen festgestellt, welches um 400.000 fl. jährlich steigt. Die Differenz, wie viel in der Campagne 1882/83 nach dem Gesetze vom Jahre 1878 und wie viel nach dem Gesetze von 1880 eintreten würde, macht für die ganze Monarchie 2.800.000 fl. und nachdem der Antheil Oesterreichs daran 92 Perc. beträgt, für uns 2.576.000 fl. Dazu kommen endlich die immer wiederkehrenden Erhöhungen der Tabakpreise. (Hört! Hört! links.) Das geschieht nicht im Wege des Gesetzes, sondern das geschieht auf einem noch leichteren Wege; ich sage auf einem leichteren Wege, weil es dem Ministerium stets gelingt, gegen anderweitige Zugeständnisse jedes Steuergesetz durchzusetzen, mag es auch noch so drückend sein. Aber das braucht es hier gar nicht, das geschieht auf dem Wege der Administration. In dieser Hinsicht ergab sich Folgendes: Schon im Jahre 1878 wurde bei den ordinären Rauchtobaken der Verkauf derselben im ledigen Zustande aufgehoben und der Verkauf nach Briefen eingeführt. Von dieser Maßregel, die zugleich auch eine Verminderung des Gewichtes nach sich ziehen sollte, versprach man sich eine Erhöhung um 1.620.000 fl. Nun ist es bei dem Tabakgefälle eine immer wiederkehrende Erscheinung, daß die Wirkung jeder Preiserhöhung zunächst ein Rückgang ist, daß aber auch sehr bald dieser Rückgang sich wieder deckt und mehr eingeht, so daß der Consum bald ganz gleich wird dem, welcher vor der Preiserhöhung war, und natürlich die ganze Preiserhöhung dem Avar zugute kommt.

Nun trat auch hier die Zunahme nicht sofort ein, aber jetzt ist sie schon reichlich eingetreten. Was that man also? Man begnügte sich damit nicht, sondern im Jahre 1879 wurden die Verkaufspreise aller ordinären Tabaksorten — und das ist das Gros, denn das Haupteinkommen aus dem Tabak trifft auch hier wieder den, der die ordinärsten Sorten raucht — um 10 Perc. erhöht. Das war im Jahre 1879. Im Jahre 1880 trat wieder eine partielle Steigerung der Rauchtobakpreise ein und am 1. Juli 1882 abermalige Preiserhöhungen (Hört! links), und zwar, wie aus dem Budgetauschussberichte zu entnehmen ist, sowohl bei acht Sorten von Rauchtobak, und zwar beim ordinären türkischen Tabak um 18 Perc.,

beim echten türkischen Raachtabal in Briefen um 15 Percent und außerdem bei dem inländischen feinsten Cigarettenlabak um 16 Percent; ferner in niederem Maße bei einigen Cigarrensorten und es wurden auch die Specialitätentarifpreise, und zwar bei einer großen Anzahl von Sorten erhöht; endlich aber wurden auch — was auf 200.000 fl. veranschlagt wird — die Differenzen zwischen dem Großverschleißpreise und dem Kleinverschleißpreise bei dem Verkauf an Consumenten abgestellt. Das sind Erhöhungen, welche viele Millionen in ihrem Effecte ausmachen und die sanglos und klanglos im administrativen Wege verfügt worden sind.

Fragen wir uns nun: „Was betragen diese Steuererhöhungen und neu eingeführten Steuern zusammen?“, wobei ich von den unbedeutenden, wie der Kartenstempel-erhöhung u. s. w., was sich kaum constatiren läßt, ganz absehe, so ergibt sich folgendes Resultat: (Hört! links.)

Der vorjährige Zolltarif hat nach eigener Angabe des Budgetausschusses und des Budgets, das den Delegationen vorgelegt wurde — eine Angabe, welche, wie jeder erfahrene Kenner der Verhältnisse bestätigen wird, eine viel zu niedrige ist — eine Erhöhung zur Folge gehabt — und zwar bloß die Erhöhung der Zölle, nicht den vermehrten Consum gerechnet, welcher kaum stattgefunden hat — die 12,336.164 Gulden beträgt. Das ist die Ziffer wie sie im Budget steht. Bei der Zuckersteuer eine Erhöhung — und da rechne ich nicht gegen das was vorher bestand, sondern gegen das, was sich nach dem früheren Zuckersteuergesetze ergeben hätte, denn sonst wäre die Erhöhung ja viel größer, weil sie ja an sich in jedem Jahre steigt — um 2,576.000 fl.

Bei den drei nächsten ist an Mehreinnahme zu rechnen — gerade so wie es im Budget steht — und zwar bei der Gebäudesteuer um 800.000 fl., bei der Schanksteuer, weil die ganz neu ist, mit dem Betrage von 1,005.000 fl., bei der Militärtaxe 800.000 fl., macht zusammen fast 18 Millionen; jetzt kommt die Erhöhung der Tabakpreise hinzu, und so haben wir in der Einnahme bloß durch neue Steuern und Erhöhungen gering gerechnet 22 Millionen (Hört! Hört! links), und das unter günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen, welche mit dem Wegfall des Silber-Agios und der außerordentlichen Verminderung der Garantien für Eisenbahnen eine günstigere Bilanz des Staates herbeiführen mußten.

Wenn wir also fragen: was ist das Resultat, so ist die Antwort, das Resultat ist folgendes: Nach dem Finanzgesetze für das Jahr 1880 betragen die Ausgaben 423 Millionen, die Einnahmen 398 Millionen, das Deficit 25 Millionen. Dabei muß ich aber bemerken, daß das Finanzgesetz viel später zu Stande kam als heuer, nämlich erst am 28. Mai 1880, daß also alle Nachtragscredite bis zum Zustandekommen schon in das Finanzgesetz aufgenommen wurden, und daß sich daher gegenüber dem Budgetberichte eine wesentliche Erhöhung ergab, obschon damals die Nachtragscredite, weder so hoch waren, noch so häufig vorkamen, wie jetzt, wo man sich beinahe immer fragen möchte, wenn man das Haus betritt: Was für Nachtragscredite gibt es denn heute?

Es betragen also die Ausgaben, wie gesagt, 423 Millionen, die Einnahmen 398 Millionen und das Deficit daher 25,173.262 fl. Nach dem vorliegenden Finanzgesetze für 1883 betragen die Ausgaben 491 Millionen; sie sind also um 68, und nachdem noch den gestrigen Ausführungen

des Herrn Ministers noch ungefähr fünf Millionen für die jetzt schon verlangten Nachtragscredite hinzukommen, um 73 Millionen gestiegen. (Hört! links.)

Die Einnahmen betragen damals 398 Millionen und heuer 463, sie sind also auch um 65 Millionen, und das Deficit ist somit wesentlich gestiegen (Heiterkeit links), etwas was den geehrten Herrn General-Berichterstatter, dessen Objectivität ich vollkommen anerkenne, zu dem schmerzlichen Ausspruche veranlaßte, daß die Steuererhöhung nicht einmal so viel betrage, als die Vergrößerung des laufenden Deficites. (Hört! links.) In drei Jahren sind also, wie gesagt, die Ausgaben um 73 Millionen und die Einnahmen um 65 Millionen und das Deficit, nach den gestrigen Ausführungen des Herrn Ministers, um ungefähr acht Millionen gestiegen.

Das sind die Ergebnisse, die sich aus der Vergleichung der Finanzgesetze für 1880 und 1883 herausstellen.

Wie verhält es sich aber mit dem Anwachsen der Staatsschuld? Ich habe zur Beantwortung dieser Frage keine anderen Daten als die Staatsvoranschläge, die sind aber auch dabei maßgebend; denn es mag sein, daß das Resultat nicht vollständig mit dem Voranschlage übereinstimmt; das tritt aber in jedem Jahre ein. Es fragt sich also, um wie viel mehr betragen die Ausgaben für die Verzinsung der Staatsschuld in den Jahren 1881, 1882 und 1883, das heißt in den Budgets für diese drei Jahre; denn im Budget für das Jahr 1881 spricht sich das Ergebnis des Jahres 1880 aus, desjenigen Budgets, von welchem der öfter von mir citirte Herr Redner der Majorität sprach: ipse fecit. Dieses findet seinen Ausdruck im Budget des Jahres 1881, und ebenso die Ergebnisse der zwei anderen Jahre in den Budgets für die Jahre 1882 und 1883.

Nun beträgt die Steigerung der Zinsen in diesen Jahren im Ganzen mehr als 5 $\frac{1}{2}$ Millionen; von diesen 5 $\frac{1}{2}$ Millionen Zinsenvermehrung entfällt auf das Jahr 1881, welches also das Ergebnis des Budgets vom Jahre 1880, also wie es heißt, u n s e r e s Budgets ausspricht, eine halbe Million, auf die Jahre 1882 und 1883 — das sind Budgets, welche die Ergebnisse Ihrer Thätigkeit sind — je 2 $\frac{1}{2}$ Millionen (Hört! Hört! links), auf zwei Jahre daher fünf Millionen und auf das eine Jahr 500.000 Gulden, auf zwei Jahre daher zehnmal so viel als auf das eine, und während dieser Zeit hat die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse stattgefunden. (Hört! Hört! links.)

Nun wird uns freilich von Seite der geehrten Regierung mitgetheilt, es sei doch viel besser geworden; denn es ist ja eine Vorlage gemacht worden, wonach das Deficit von 28 Millionen oder vielmehr das Deficit von 34 oder 35 Millionen, einschließlich nämlich der bis jetzt schon verlangten Nachtragscredite, zum Theile durch Entnahme aus den Cassebeständen bedeckt werden soll, so daß nur in der Höhe von 16 Millionen Creditoperationen in Anspruch genommen werden. Nur 16 Millionen!

Nun, ist auch das nicht gar so außerordentlich günstig, denn das Finanzgesetz des Jahres 1880 schließt mit der Inanspruchnahme des Crediten von 19 $\frac{1}{2}$ Millionen. Zwischen 19 $\frac{1}{2}$ Millionen und 16 Millionen ist der Unterschied nicht gar gewaltig.

Woher kommt es aber, daß man sich mit 16 Millionen begnügen kann? Das kommt daher, weil im vorigen

Jahre die Cassebestände sich wesentlich vermehrt haben. Ganz richtig! Aber warum haben sie sich wesentlich vermehrt? Sie haben sich wesentlich vermehrt, weil bei der Verfassung des Budgets auf den neuen Zolltarif keine Rücksicht genommen wurde und auch nicht genommen werden konnte.

Wie stellt sich aber die Sache dar, wenn man auf den Zolltarif Rücksicht nimmt? Ich kann mich auch da nur wieder beziehen auf den Budgetauschussbericht des vorigen Jahres. Nach dem Specialberichte, betreffend den Titel „Zoll“, ereignete sich im Jahre 1882 zum ersten Male, daß der Voranschlag der Restitutionen höher ist als der Voranschlag der ordentlichen Einnahmen des Zollgefälles.

Es betrug nämlich der Voranschlag für die Restitutionen 33,695.000 fl.; die reinen Ueberschüsse des gesammten Zollgefälles waren aber nur mit 29 Millionen veranschlagt. Es betragen daher die veranschlagten Restitutionen um $4\frac{1}{2}$ Millionen mehr als das gesammte Zollgefälle, es war also das Zollgefälle mit diesem Betrag passiv, wenn die Restitutionen abgezogen werden. Nun betrug aber, und zwar nach einer Veröffentlichung, welche vor Kurzem von Seite der Regierung veranlaßt wurde, der reine Ueberschuß des Zollgefälles nach Abzug der Restitutionen und des Zollpauschales, während ein Deficit mit $4\frac{1}{2}$ Millionen präliminirt war, in der That 19,254.000 fl. Dabei sind die Restitutionen schon abgezogen, ebenso wie das Zollpauschale. Das ist der Zollüberschuß für die gesammte Monarchie und es kann von demselben hier nur 68·6 Percent, nämlich nur dasjenige gerechnet werden, was nach dem Quotenschlüssel für gemeinsame Angelegenheiten auf uns entfällt. Diese 68·6 Percent von dem günstigeren Resultate betragen 16,425.000 Gulden.

Allein damit ist die Sache noch nicht abgethan. Mit der Einführung des neuen Zolltarifes steht in unmittelbarem Zusammenhange die Verbrauchsabgabe für Mineralöle und diese hat nach derselben Quelle, nämlich nach den Veröffentlichungen, die vor einiger Zeit stattgefunden haben, 796.000 fl. betragen; es betrug also der Ueberschuß von beiden zusammen 17,221.000 fl. gegenüber einem veranschlagten Deficit von $4\frac{1}{2}$ Millionen.

Es ergibt sich aber weiter noch ein günstigeres Ergebnis nicht bloß aus der Erhöhung des Zollgefälles, sondern auch aus dem, daß die Restitutionen wesentlich hinter dem Präliminare zurückgeblieben sind. Sie waren mit 33 Millionen veranschlagt und betragen einschließlich des Zollpauschales, welches auch ungefähr zwei Millionen beträgt, 25 Millionen; somit sind beiläufig 10 Millionen weniger als angenommen war restituirt worden.

Wenn man daher die Mehreinnahme berücksichtigt, welche durch die Einführung des neuen Zolltarifs in Verbindung mit der Verminderung der Restitutionen, die im vorigen Jahre eintrat, erfolgt ist, so ergibt sich deren Ziffer mit ungefähr 20 Millionen, und es ist mit Recht bemerkt worden: daran, daß diese 20 Millionen da sind, hat Niemand gezweifelt. Wenn nun durch ein nicht präliminirtes Erträgniß so viel mehr einging, und wenn bei der Budgetbewilligung des vorigen Jahres das ganze Deficit durch Creditoperationen gedeckt wurde, so wird man wohl sagen können, wenn man dies schon damals gewußt hätte, so wäre nicht so viel durch Creditoperationen aufzubringen gewesen. Man hat also Creditoperationen, die sonst heuer nothwendig waren, anticipirt, und es ergibt

sich einfach als Resultat: das heutige Deficit ist zum Theil im vorigen Jahre durch die Creditoperationen, und rücksichtlich durch die an deren Stelle getretenen Eingänge gedeckt und wird es zum Theile durch Creditoperationen, welche jetzt stattfinden. Darin eine besondere Befriedigung zu finden, ist kein Grund vorhanden.

Und wenn der Herr Minister daraus abgeleitet hat, daß wir eigentlich gar kein Verwaltungsdeficit für das Jahr 1883 haben, weil wir dieses Deficit durch die Zuflüsse des vorigen Jahres decken, so muß ich sagen, daß das Deficit dadurch nicht schwindet, daß es gedeckt wird; gerade weil es gedeckt werden muß, ist es da. (Heiterkeit links.)

Wenn man Creditoperationen macht, deckt man auch das Deficit, und wenn man es mit den Creditoperationen deckt, welche im vorigen Jahre gemacht wurden, so schwindet deshalb nicht das Deficit der laufenden Gebarung. (Sehr gut! links.)

Ich könnte auf eine andere Zeit hinweisen, ich könnte darauf hinweisen, wie sich die Verhältnisse gestaltet haben vom Jahre 1869 bis zum Jahre 1875, wenn man schon davon spricht, daß kein Deficit vorhanden ist und daß Cassabestände sich eingestellt haben.

Im Jahre 1868 übernahm das neu constituirte österreichische Ministerium die Centralcasse mit einem unglaublich geringen Betrage, nämlich mit Null. (Heiterkeit links.) Die ganzen vorhandenen Bestände wurden am 1. Jänner 1868 als ein Reichsactivum betrachtet und in die Reichscentralcasse übertragen. Und der damalige Finanzminister hatte es nicht so gut wie der jetzige, er mußte, um die ersten Zahlungen zu bestreiten, sich an den gemeinsamen Minister wenden, daß er ihm etwas Geld gebe, weil er nichts, absolut nichts in der Centralcasse hatte. (Heiterkeit links.) Und was ist dann in den folgenden Jahren geschehen? Vom Jahre 1869 angefangen hat einige Jahre hindurch der Aufwand für Verzinsung der Staatsschuld nicht zugenommen, sondern abgenommen, und bis zum Jahre 1875 war keine Creditoperation nothwendig, weil man in den Jahren 1868, 1869 und 1870 die Tilgungsrente, die man auszugeben berechtigt war, nicht vollständig ausgegeben hat, und weil daher der Nachfolger im Ministerium 60 Millionen nicht ausgegebene Tilgungsrente übernehmen konnte. Das illustriert auch die Darstellungen der Herren, welche die Gebarung einer gewissen Periode nicht genug anzugreifen im Stande sind. (Sehr gut! links.)

Der Herr Minister hat aber auch gestern eine andere Vergleichung aufgestellt, die ich nicht unbesprochen lassen kann, und ich möchte sehr bitten, die Ausführungen, welche ich jetzt machen werde, einer nicht wohlwollenden aber genauen Prüfung zu unterziehen; denn derjenige Herr, der dem Herrn Minister die Daten geliefert hat, welche gestern die Jahre 1878 bis 1880 einerseits und 1881 und 1882 andererseits zum Gegenstande hatten, hat sich einige außerordentlich wesentliche Irrthümer zu Schulden kommen lassen. (Hört! Hört! links.) Der Herr Minister hat zusammengestellt, was als Erlös von den Creditoperationen in den Jahren 1878 bis 1880 einerseits und in den Jahren 1881 und 1882 andererseits erzielt wurde, zog dann von beiden gewisse Ausgaben, die offenbar nicht zu den laufenden Verwaltungsauslagen gehören, ab, und kam damit zu dem Resultate, daß in den ersten drei Jahren ein Deficit der laufenden Gebarung durch Creditoperationen im Betrage

von 105 Millionen gedeckt wurde, und daher in jedem einzelnen Jahr im Durchschnitte von 35 Millionen, dagegen in den beiden letzten Jahren, nämlich in den Jahren 1881 und 1882 von 30 Millionen, daher im Durchschnitte 15 Millionen.

Die Methode ist ganz richtig. Es wird nämlich gesagt: So viel ist durch Begebung von Goldrente und soviel durch Begebung von Schatzscheinen in den genannten Jahren 1878 bis 1880 erzielt worden, nämlich — ich bitte das genau zu verfolgen — fl. 202,977.696. Davon werden verschiedene Beträge abgezogen und es bleiben also 105 Millionen u. s. f. übrig.

Das ist Alles richtig. Ebenso richtig — das heißt, das Resultat den Ziffern nach ist richtig — ist es, daß in den Jahren 1881 und 1882 durch Emission von fünfprocentiger Notenrente der Betrag von fl. 96,620.200 erzielt wurde. Davon werden nun wieder verschiedene Positionen abgerechnet, insbesondere — und das bitte ich zu accentuiren — was für die Tilgung von Schatzscheinen vom Jahre 1878 in den Jahren 1881 und 1882 ausgegeben wurde. Nun bitte ich Folgendes zu berücksichtigen. Was die Abzüge betrifft, so werden von den Jahren 1881 und 1882 abgezogen, was in diesen Jahren für die Tilgung der Schatzscheine aus dem Jahre 1878 ausgegeben wurde, nämlich fl. 30,600.000. Das ist ganz richtig.

Wie konnte aber übersehen werden, daß im Jahre 1878 ebenfalls Schatzscheine getilgt wurden, und zwar Schatzscheine im Betrage von 25 Millionen Gulden? (Hört! Hört! links.) Um dies zu finden, hätte ja die einfache Einsicht in das Finanzgesetz vom Jahre 1878 genügt. Das Finanzgesetz vom Jahre 1878 sagt im zweiten Absätze des V. Artikels: „Auch wird der Finanzminister ermächtigt, behufs der am 1. Mai 1878 eintretenden Rückzahlungen der auf Grund des Gesetzes vom 13. December 1873 ausgegebenen Schatzscheine Obligationen der Goldanleihe zu begeben, und zwar in jenem Betrage, der zur Rückzahlung der Schatzscheine nothwendig ist“, und damit bitte ich nun, jene auf Seite 9326 enthaltene Zusammenstellung zu vergleichen, welche von der im Jahre 1878 erfolgten Tilgung von Schatzscheinen im Betrage von 25 Millionen, welche allerdings den Jahren 1878 bis 1880 zugute kommen würde, nicht mit einem Worte Erwähnung macht. (Hört! Hört! links.) Das ist eine Thatsache, und 25 Millionen sind kein Pappenstiel (Heiterkeit links), auch nicht, wenn man sie auf drei Jahre vertheilt.

Und nun ersuche ich, ein Zweites zu bedenken. Wenn man wieder Artikel IX des Finanzgesetzes für 1878 liest, wo es heißt: „der Finanzminister wird ferner ermächtigt, zunächst zur Rückzahlung des Vorschusses von 10 Millionen — das ist der Vorschuß vom Jahre 1876, der bei der Nationalbank genommen wurde — dann zur Stärkung der Geldbestände der Staatscentralcasse den Maximalbetrag von 20 Millionen Gulden durch Schatzscheine zu bedecken“, so muß ich bemerken, daß die 10 Millionen, die auf die Tilgung der Vorschüsse vom Jahre 1876 Bezug haben, in dem Exposé des Finanzministers ganz richtig abgezogen worden sind. Aber verhält es sich mit den 10 Millionen, deren Ausgabe damals zur Erhöhung der Cassabestände bewilligt wurde, anders? Warum war die Erhöhung der Cassabestände nothwendig? Aus einem doppelten Grunde; weil man letztere in früheren Jahren zu stark in Anspruch genommen hatte und weil jetzt, — so heißt es wörtlich in dem Berichte — durch

die Schaffung der Goldrente die Nothwendigkeit, nicht bloß Silber und Noten, sondern auch Gold vorräthig zu haben, sich ergab, erwies die Erhöhung der Cassabestände sich als nothwendig. Diese 10 Millionen erhöhten die Cassabestände, sie müssen also gerade so gut wie die 10 Millionen zur Tilgung der vom Jahre 1876 herrührenden Vorschüsse von der laufenden Gebarung der Jahre 1878 bis 1880 abgerechnet werden. Das wäre schon eine Verminderung des Deficites der laufenden Gebarung dieser Jahre um 35 Millionen Gulden. Aber noch mehr! Meine Quellen sind die Berichte der Staatsschuldencontrollcommission, aber auf die Staatsschuldencontrollcommission und ihre Ziffern lege ich unter allen Verhältnissen das höchste Gewicht; denn wenn darauf kein Gewicht zu legen wäre, dann wäre auch das Vertrauen zu unserer Staatsschuld nicht mehr vorhanden.

Der Herr Finanzminister führt als durch die Goldrentenemission in dieser Periode, nämlich in den Jahren 1878, 1879 und 1880, erlöst an 173,395.696 fl. Ich bitte nun folgende, ganz genau den speciellen Berichten der Staatsschuldencontrollcommission entnommene Daten zu berücksichtigen. Wie viel überhaupt durch die Begebung von Goldrente erlöst wurde, das sagt der eilfte Bericht der Controllcommission, Seite 12, nämlich bis zum Jahre 1880, weil seit dem Jahre 1880 keine Goldrente mehr emittirt, dieselbe also abgeschlossen wurde. Im Ganzen wurden durch die Emission erlöst 248,452.000 fl. Wenn wir nun wissen wollen, wie viel von diesem Erlöse auf die Jahre 1878, 1879 und 1880 entfällt, so muß man einfach davon dasjenige abziehen, was in den Jahren 1876 und 1877 erlöst wurde. Darüber sagt der achte Jahresbericht der Controllcommission, Seite 9, daß in den Jahren 1876 und 1877 85,833.030 fl. erlöst wurden, und eine einfache Subtraction ergibt 162,619.047 und nicht 173,395.696, und das ist wieder um fast 11 Millionen weniger. Dabei bemerke ich aber, um zu zeigen, wie gewissenhaft und genau ich dabei vorgegangen bin, daß allerdings auch im Jahre 1877 schon ein Theil dessen erlöst wurde, was im Jahre 1878 zur Deckung diente, daß ich aber das dem Jahre 1878 und nicht dem Jahre 1877 zur Last geschrieben habe, denn der achte Jahresbericht der Controllcommission sagt: In den Jahren 1876 und 1877 wurde beschafft, und dann kommt: Im Jahre 1878 wurde beschafft, obschon es schon im Jahre 1877 aber für das Jahr 1878 beschafft wurde. Ich habe es dem Jahre 1878 und nicht 1877 zur Last geschrieben.

Aus dem Gesagten ergibt sich somit folgendes Resultat, für das ich einstehe. Der Erlös der Goldrentenemission in den Jahren 1878 bis 1880 betrug nicht 173,395.696 fl., sondern 162,619.047 fl. und die Differenz ist 10,776.000 fl., um die sich also das Resultat vermindert. Im Jahre 1878 wurde Goldrente ausgegeben zur Tilgung von Schatzscheinen aus dem Jahre 1873 im Betrage von 25,000.000 fl., ein weiteres Minus, und endlich wurden 10,000.000 fl. zur Erhöhung der Cassabestände verwendet, zusammen betragen diese Posten 45,000.000 fl.; zieht man sie von 105,000.000 fl. ab, so bleiben 60,000.000 fl. und nimmt man den Durchschnitt von 60,000.000 fl. für drei Jahre, so ergeben sich 20,000.000 fl., und vergleicht man die Ziffern mit der, die der Herr Minister angenommen hat, so ergibt sich eine Differenz von 20,000.000 fl. gegen 35,000.000 fl. Letztere Ziffer würde allerdings gegenüber den 15,000.000 fl..

welche als Durchschnittsziffer für die zwei nächsten Jahre angenommen wurden, einen gewaltigen Abstand begründen; aber zwischen 20,000.000 fl. und 15,000.000 fl. ist der Abstand wahrhaft nicht allzu groß.

Ich glaube, mich mit diesen Ausführungen begnügen zu können in Bezug auf das Deficit und die Zunahme der Staatsschuld und in Bezug auf die stets wachsenden Ausgaben, mit denen die stets steigenden Einnahmen doch nicht gleichen Schritt zu halten vermögen. Ich glaube auch nicht, so wie es überhaupt nicht meine Absicht ist, gegen den Bericht der Majorität des Ausschusses zu polemisieren, mich weiter in eine Besprechung seiner Ausführungen einlassen zu sollen, und zwar schon deshalb nicht, weil er von einem anderen Standpunkte ausgeht.

Der Bericht vergleicht das Jahr 1883 nur mit dem Jahre 1882. Mir scheint es aber viel wichtiger, das Jahr 1883 mit dem Jahre 1880 zu vergleichen. Aber selbst von dem Standpunkte des Berichtes, gegen den ich, wie gesagt, nicht polemisieren will, ergibt sich Folgendes. Der Herr Berichterstatter kommt zu dem Resultate, daß das Erforderniß für 1882 504 Millionen betrage und die Bedeckung 454 Millionen, also das Deficit natürlich ungefähr 50 Millionen sei, und daß das bedeutend mehr sei, als das Deficit im heurigen Jahre, nämlich um eine Differenz von etwa 22 Millionen.

Allein man kann wohl nur Gleichartiges miteinander vergleichen. Man kann nur das Finanzgesetz, das jetzt zu Stande kommen wird, mit dem Finanzgesetz vergleichen, das im vorigen Jahre zu Stande kam; man kann aber nicht bei dem einen die Nachtragscredite bis auf den heutigen Tag einbeziehen (Sehr richtig! links) und im anderen die Nachtragscredite, die wir im Verlaufe von 12 Monaten noch zu gewärtigen haben, nicht einbeziehen. Darum ist diese Vergleichung nicht richtig. Als das Finanzgesetz im Vorjahre zu Stande kam, war das Deficit nur 37 Millionen, durch Nachtragscredite ist es auf 50 Millionen gestiegen. Heuer beträgt das Erforderniß nach den gestrigen Auseinandersetzungen des Herrn Finanzministers ungefähr 35 Millionen; es ist schon gegen den Bericht um 5 bis 6 Millionen gestiegen, und wie es in den nächsten 12 Monaten noch steigen wird, können wir allerdings nicht wissen, aber im vorigen Jahre ist es um so viele Millionen gestiegen. Das ist nicht gleichartig. Man muß sagen — im vorigen Jahre kam überdies das Finanzgesetz viel später zu Stande — jetzt können wir höchstens sagen, am heutigen Tage beträgt das Deficit soviel, wie viel es künftig betragen wird, wissen die Götter, vielleicht weiß es auch das Executivcomité (Heiterkeit links) und das Ministerium. (Erneuerte Heiterkeit links.) Wir Laien wissen es nicht (Lebhafte Heiterkeit links), wir haben auch keine Ahnung davon.

Wenn ich nun diese Resultate zusammenstelle: eine Steigerung des Erfordernisses in drei Jahren um mehr als 70 Millionen, eine Steigerung der Einnahmen um ungefähr 65 Millionen und eine Steigerung der Zinslast um 5½ Millionen — und das Alles ungeachtet der entschieden günstigeren wirthschaftlichen Verhältnisse, ungeachtet eine Menge von Umständen eingetreten ist, welche für die Finanzen günstig erscheinen, ungeachtet Steuererhöhung und neuer Steuern von 22 Millionen — dann drängt sich mir die Frage auf: Wie kommt das? Worin hat das seine Erklärung?

Mir scheint, daß ich wohl berechtigt bin, einige Worte anzuführen, welche der sehr geehrte Herr Generalberichterstatter der Majorität in der Budgetdebatte des Jahres 1880 gesprochen hat, und zwar am 10. April, um wieder genau zu citiren, Seite 2991 der stenographischen Berichte; Worte, die ich vollkommen unterschreibe, wenn ich auch glaube, daß er sie heute nicht sprechen würde. (Hört! Hört! links.)

Es hatte nämlich damals der Herr Abgeordnete der Egerer Handelskammer, welcher leider heuer in der Budgetdebatte nicht gesprochen hat oder nicht zum Worte gekommen ist und mir diese schwierige Arbeit überlassen hat, an den Herrn Grafen Clam die Aufforderung, den Wunsch gerichtet, er möge mit seinem Finanzprogramm hervortreten. Und darauf erwiderte der heutige Generalberichterstatter in der 68. Sitzung vom 10. April 1880 Folgendes (Hört! Hört! links), und es wird mir wohl erlaubt sein, die Worte zu verlesen (liest):

„Ich komme darauf zurück, daß es meiner Ueberzeugung nach der Beruf der Regierung ist, uns ein auf Grundlage des Materiales factischer Daten, welche nur die Regierung zu Gebote hat, aufgebautes Project in seiner Gänze vorzulegen, ein Project, welches die successive Erreichung des endlichen Resultates ins Auge faßt und umfaßt, dieses Project eben hat sie dann als Ganzes zu ihrer Aufgabe zu machen.“ Und nun kommt die Stelle, die ich meine (fortfahrend): „Das kann ja doch nur Aufgabe einer einheitlichen, starken Regierung sein, einer Regierung einig in sich und einig mit einer kräftigen Majorität, und ob dies in diesem hohen Hause unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist (Hört! links), bitte ich selbst zu erwägen.“

Eine starke Regierung und eine kräftige Majorität! Das nöthigt mich auch das politische Gebiet zu betreten, denn eine starke Regierung und eine kräftige Majorität äußern sich wesentlich auf dem politischen Gebiete, wenngleich bei uns die Aeußerung dieser Kraft hauptsächlich sich auf das finanzielle Gebiet erstreckt und insbesondere in der Durchsetzung der neuen Steuern ihren Ausdruck findet, die man gegen etwaige Zugeständnisse auf nationalem und politischem Gebiete erreicht, obschon jeder Einzelne von denen, die dafür stimmen, erklärt, mit wie schwerem Herzen das geschehe. (Heiterkeit links.)

Eine starke Regierung! Ja die Regierung ist stark. Sie ist stark, soweit es sich um die Niederhaltung deutscher Vereine, deutscher Wünsche, deutscher Presse handelt. (Sehr gut! links.) Darin ist die Regierung ungeheuer stark, und zwar ist sie dabei auch vollkommen sicher, die vollständige Zustimmung der Majorität zu haben. (Beifall links.) Ich will nicht weiter darauf eingehen; aber wenn schon das vorkommt, daß in einer gewiß höchst anständigen, illustrierten Zeitung ein Aufsatz eines höchst conservativen Mannes deshalb confiscirt wird — ich habe das wenigstens ohne Widerspruch gelesen — weil ein Gedankenstrich darin vorkommt (Heiterkeit links), wenn man also selbst einem Gedankenstrich in einer deutschen Zeitung die Fähigkeit zutraut, zu Haß und Verachtung aufzureizen (Lebhafte Heiterkeit links, Beifall und Händeklatschen), dann muß ich gestehen, das ist wirklich stark. (Beifall links.)

Die Herren haben ja davon keine Vorstellung, sie kennen die Verhältnisse nur so, wie sie in Wien sind. In Wien wird die Presse noch schonend behandelt, aber wenn Sie unsere Provinzial- und Localblätter zur Hand

nehmen, da werden Sie finden, daß solche Blätter fort und fort confiscirt werden und Sie werden bei manchen nur allzuoft finden, daß oben steht: „Zweite Auflage, die erste Auflage wurde confiscirt“, und dann kommen Spalten, mitunter nicht viel weniger als gedruckte, mit dem ominösen Worte „confiscirt“.

Was darin stand, das denken sich die Leute wohl und die Confiscation nützt eben nicht viel. (Heiterkeit links.) Aber, erlauben Sie mir ein Wort anzuführen, welches ein Staatsmann, kein österreichischer, sondern ein fremder Staatsmann über solche Zustände ausgesprochen hat: Sie haben ja in Oesterreich schon ein Stück Rußland. Und mir scheint, er hat ganz Recht, denn darin kann man ja doch keinen Unterschied finden, daß in Rußland die fremden Zeitungen mit Druckerschwärze geschwärzt und in Oesterreich die einheimischen mit Confiscationen weiß gemacht werden. (Beifall und Heiterkeit links.) Ja, darin ist die Regierung stark.

Und wie verhält es sich nun mit der Majorität dieses hohen Hauses, und zwar nicht mit der Majorität in ihrer Gesamtheit? Eine solche ist ja nur ein idealer Begriff. Diese Majorität besteht ja aus vier Fractionen und noch dazu aus vier unter sich ganz verschiedenen und ganz verschiedene Ziele verfolgenden Fractionen. Es kam mir sonderbar vor, daß der geehrte Herr Finanzminister gestern eine Aeußerung eines Staatsmannes aus der alten Schule vorgebracht hat, der da sagt: Hier handelt es sich nur um eine Vereinigung — ich weiß nicht mehr genau den Wortlaut — von Fractionen, welche ganz verschiedene Ziele verfolgen. Was ist nun davon die Wirkung? Wenn eine Fraction, und sei sie noch so klein, von dieser in vier Fractionen gespaltenen Majorität etwas ernstlich will, so muß es die Regierung wollen, und was die Regierung wieder ernstlich will, das müssen die anderen Fractionen auch wollen, weil die Regierung und die Majorität nur durch die Einigkeit, eine Einigkeit, welche dadurch erhalten wird, daß, was eine Fraction will, alle wollen müssen (Heiterkeit links), gegenseitig bestehen können. (Sehr richtig! links.)

Da ist es denn freilich schwer, daß das Erforderniß einer starken Regierung und einer kräftigen Majorität, von welcher gesprochen wurde, sich erfülle. Diese kräftige Regierung, wie weicht sie nach dem erhabenen Worte: „Der Starke weicht muthig zurück“ in so vielen Fällen zurück? Ich will nur an das Schmerzenskind, welches nächstens geboren werden soll, an die Schulnovelle und an den Stiefvater derselben, den Herrn Unterrichtsminister, erinnern. (Lebhafte Heiterkeit. — Beifall und Händeklatschen links.) Wie viele Wandlungen hat die starke Regierung in dieser Frage schon eingeschlagen, und wer weiß, welche die letzte sein wird. Denn das letzte Wort soll ja diese Schulnovelle nicht sein; sie soll nur eine Etappe auf dem Wege zum Ziele sein, welches darin besteht, daß die Neuschule beseitigt und die Schule der Concordatszeit wieder hergestellt werde. (Sehr wahr! links.) Es kann sein, daß die Regierung das nicht weiß; aber für uns Laien wurde es in der letzten Berathung des Herrenhauses über die Schulnovelle so deutlich ausgesprochen, daß ich nicht begreife, wie darüber noch der mindeste Zweifel bestehen kann. (Sehr richtig! links.)

Es ist etwas ganz Eigenthümliches. Die Regierung, welche so strenge darüber wacht, daß ja nichts in einem Gesetze stehe, was nach ihrer sehr kritisch zu beurtheilenden

Meinung Sache der Executive ist, die Regierung ist stark gegenüber der gesetzgebenden Gewalt in ihrer Totalität; ein Executivcomité aber, welches der Regierung vorschreibt, was sie zu thun hat, das findet sie mit der unabhängigen Executive vollkommen verträglich. (Beifall links.)

Wir wissen über dessen Thätigkeit freilich nichts Näheres; greifbare Gestalt nehmen nur die Erfolge dieser Thätigkeit an und darin unterscheidet es sich von der Ersparungscommission (Lebhafte Heiterkeit links), von der selbst der Bericht sagt, daß sie bisher keine greifbaren Resultate gehabt hat. (Erneuerte Heiterkeit links.) Hier aber erfahren wir zwar durch Telegramme aus Prager und Lemberger Zeitungen, was das Executivcomité thut, und wir wissen dann auch, was wir zu gewärtigen haben, was nämlich beschlossen wird nicht in den Ausschüssen, nicht in Subcomités und noch weniger im hohen Hause, sondern was beschlossen wird von dem Fünfzehn-Richter-collegium, welches ebenso geheimnißvoll waltet, wie es die venezianischen Richter thaten (Heiterkeit links), und dessen Spuren man oft dort suchen muß, wo man sie gar nicht vermuthet, wie z. B. bei der Frage, ob um halb eins die Zeit schon so vorgerückt ist, daß die Sitzung geschlossen werden muß. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall links.) Wer wird glauben, daß das mit geheimnißvollen Vorgängen im Innern zusammenhängt? Den andern Tag lesen wir aus Prager und Lemberger Zeitungen, worin der Zusammenhang liegt. Und so ist es auch mit dieser Schulnovelle.

Wenn wir ganz aufrichtig sein wollen, so gibt es wohl eine Fraction dieses hohen Hauses, die jedoch nicht so stark ist, wie irgend eine der beiden anderen maßgebenden Fractionen, welche diese Schulnovelle will, vielleicht auch nicht so wie sie lautet, aber sie will sie. Sonst aber, und das kann ich mit gutem Gewissen sagen, will sie eigentlich Niemand im ganzen hohen Hause. (Lebhafte Zustimmung links.) Die überwiegende Majorität im hohen Hause würde, wenn Jeder einzeln stimmen sollte wie er will, sich ablehnend verhalten. (Sehr wahr! links.) Und doch wird jene Novelle Gesetz werden, und da nennt man eine Regierung kräftig, die sich dem Willen einer kleinen Fraction fügen muß. (Beifall links.) Ich darf das wohl behaupten, denn wenn wir die bedeutendste Fraction im hohen Hause betrachten, so konnte ihre Zustimmung zur Schulnovelle nur dadurch gewonnen werden, daß dieselbe in ihren wesentlichsten Theilen als für sie nicht gültig erklärt wurde. (Beifall links.) Kann man denn wirklich glauben, daß Jemand etwas für eine Wohlthat ansieht, wenn er feierlich dagegen deprecirt, daß ihm diese Wohlthat zu Theil werde? (Beifall und lebhafteste Heiterkeit links.) Und soll das Ver söhnung und Frieden herbeiführen, wenn Jemand das, was er für sich perhorrescirt, den Anderen gegen ihren Willen aufnöthigen will? (Stürmischer Beifall und Händeklatschen links.) Und unsere Genossen aus dem Königreiche Böhmen!

Ich kann mit ebenso voller Beruhigung sagen, daß, so Vieles uns auch von einander trennt, die Bewohner des Landes deutscher wie czechischer Zunge doch in Einem vollständig einig sind, sowie sie auch in vielen anderen Beziehungen dieselben Weltanschauungen haben und dieselben Richtungen verfolgen. Sie sind in der Werthschätzung der Schule, und zwar der modernen Schule vollkommen mit einander einverstanden. (Lebhafte Beifall links.) Es ist in hohem Grade achtenswerth, daß sowohl der deutsche wie der czechische Bauer das höchste Gewicht darauf legt, daß die Volksbildung seinen Kindern nicht verkümmert

werde. Auch in unserer Landtage, wenn mir die Herren die Legitimation bestreiten sollten, ist ja diese Frage, und zwar in der letzten Zeit zweimal und in entschiedener Weise zur Sprache gekommen. Die Gemeindevorsteher eines czechischen Bezirkes, des absolut und rein czechischen Taborer Bezirkes, der gar nicht von dem Deutschthum oder von der deutschen Seuche angekränkt ist (Heiterkeit links), eines Bezirkes, der auch gar keine industrielle Entwicklung hat und leider zu den ärmsten in Böhmen gehört, haben sich an den Landtag in einer Petition gewendet, die mir gedruckt vorliegt. Darin heißt es: „Die in der am 4. Jänner l. J. zu Tabor abgehaltenen Sitzung vollzählig versammelten Gemeindevorsteher des Bezirkes Tabor haben, eingedenk ihrer Pflicht, das Wohl der ihrer Verwaltung anvertrauten Gemeinden zu wahren, einstimmig den Beschluß gefaßt, an kompetenter Stelle sich dahin zu verwenden, damit die bisherige Verpflichtung zum Besuche der Gemeindefschule keinen Abbruch erleide.“ (Hört! links.) Das haben czechische Gemeindevorsteher czechischer Gemeinden gethan, und im Landtage hat sich keine Stimme erhoben, welche diese Petition nicht berücksichtigungswürdig gefunden hätte. Die Meinungsverschiedenheit war nur darin, daß wir von dieser (linken) Seite des Hauses meinten, der Landtag solle seine Ansichten durch eine Resolution aussprechen, die anderen Herren aber meinten, durch eine Aufforderung an die Regierung. In welcher Weise die Regierung dieser Aufforderung entsprochen haben würde, freilich nach dreijährigem Wirrsale, das hat uns die Vorlage des Herrn Unterrichtsministers bewiesen.

Aber noch mehr, auch die Ueberzeugung ist in Böhmen die herrschende, und zwar bei den Angehörigen beider Nationalitäten, daß der frühere Zustand der Schule nicht wieder herbeigeführt werden, solle (Sehr richtig! links), nicht bloß in Bezug auf die Schulzeit, sondern vorzüglich in Bezug auf die Schulleitung. (Lebhafte Zustimmung links.)

Nun enthält aber den ersten Schritt hiezu die Novelle, indem sie eine Bestimmung aufnimmt, die ja ihre Consequenzen haben wird. Sie sagt nicht etwa: der Leiter der Volksschule muß dieselbe Confession haben, wie die Mehrzahl der Schüler, etwas was sich factisch von selbst macht. Nein! Er muß die Befähigung zum Religionsunterrichte haben und diese Befähigung gibt ihm die geistliche Behörde, indem ihr allein das Prüfungsrecht zusteht. Damit sind unsere Schulen schließlich der geistlichen Aufsicht überantwortet. (Sehr richtig! links.) Damit ist ohne das Concordat erreicht, was durch das Concordat erzielt werden konnte. (Lebhafte Beifall links.) — Und darüber täuschen Sie sich nicht: Das wollen die czechischen Bauern gerade so wenig, wie die deutschen. (Beifall links.) Auch dafür kann ich den Landtag anführen. Auch im Landtage kam bei der Berathung des vom Landesauschusse erstatteten Berichtes über das Volksschulwesen von Seite eines Mitgliedes jene Auffassung zur Sprache, welche eigentlich das Ziel ist, das bei dieser Reform der Schulgesetzgebung verfolgt wird. Eines der hervorragendsten Mitglieder des böhmischen Landtages, ein Mitglied, das wahrhaftig keine nationalen Sympathien für die Deutschen hat und dem wir daher auch keine entgegenzubringen nöthig haben — denn der Mann gehört zu den erbittertsten Feinden des Deutschthums — dieses Mitglied hat sich gegen die geäußerten Ansichten in der allerschärfsten und allerrücksichtslosten Weise ausgesprochen, und zwar unter lautem

Jubel der nämlichen Herren, welche jetzt hier für die Schulgesetznovelle stimmen werden. (Hört! Hört! und Beifall links.) Das ist Principientreue! (Stürmische Heiterkeit links.)

Nach dem Gesagten muß ich es sehr begreiflich finden, daß ein jeder Gesetzentwurf Gegenstand weitläufiger Verhandlungen, diplomatischer Verhandlungen, Gegenstand von Concessionen sein muß, und daß erst dadurch für jeden einzelnen Fall eine Majorität künstlich geschaffen werden muß und ob eine künstlich geschaffene Majorität eine kräftige sein könne, das wollen Sie selbst beurtheilen. (Sehr gut! links.)

Indem es mir daher sehr erklärlich ist, in welcher Weise das Anwachsen der Ausgaben, aber auch das Zurückbleiben der immer wachsenden Einnahmen hinter den Ausgaben erklärlich wird (Heiterkeit links), gehe ich nun zu der Frage über: Womit soll denn den Finanzen geholfen werden? Nun muß ich auch da wieder dem Herrn Berichterstatter der Majorität das vielleicht von ihm gar nicht verlangte Zeugniß vollständiger Objectivität geben. Er spricht sich sehr kühl und nüchtern über das aus, was zu gewärtigen ist. Ja, er spricht sich dahin aus, was die Ersparungen betreffe, so lehne er die Competenz ab, weil ja eine Ersparungscommission niedergesetzt worden sei. Freilich spricht er sich auch bezüglich derselben nicht mit jener frohen Zuversicht aus, welche den vorjährigen Bericht charakterisirte, nämlich daß mit der Niederlegung dieser Commission ein erster und bedeutender Schritt auf dem Wege der Verminderung der Ausgaben geschehen sei. Ja, wenn der Schritt bedeutend war, so hat sich die Commission, um einen weiteren Schritt zu thun, eine sehr bedeutende Zeit gelassen (Heiterkeit links), und wenn die Anhänger der eigenen Partei nicht mehr für sie zu sagen wissen, als man wisse nichts von ihrer Thätigkeit und sie müsse daher gleich einer guten Hausfrau eine gute Thätigkeit entwickeln (Erneuerte Heiterkeit links), so scheint mir, daß man sich eher selbst auf der andern Seite davor fürchtet, daß diese Thätigkeit vielmehr, wie dies bei unseren Organisationen gewöhnlich ist, eine Vermehrung und nicht eine Verminderung der Ausgaben nach sich ziehen könnte. (Bravo! links.)

Nun kommt der Herr Berichterstatter, und ich glaube mit Recht, nachdem ja die immer früher in das Vordertreffen geführte Erweiterung der Autonomie auf dem finanziellen Gebiete nicht mehr versängt, auf die Erhöhung der Einnahmen und erklärt (liest):

„Dem hohen Hause liegen nunmehr Entwürfe zu weiterer Reform der directen Steuern und der Entwurf einer Novelle zum Gebührengesetze — durch welche letztere auch der Börsenverkehr zur Besteuerung herangezogen werden soll — zur Berathung und Schlußfassung vor. Von den Beschlüssen der hohen Häuser des Reichsrathes wird es abhängen, ob und in welchem Maße auf dem Gebiete der Besteuerung des mobilen Capitals und des Verkehrs, sowie des persönlichen Erwerbes Mittel und Wege zur Tilgung des noch unbedeckten Abganges werden aufgebracht werden.“

Er verweist also auch in Betreff der Vermehrung der Einnahmen auf die Berathungen der Ausschüsse und des hohen Hauses bezüglich des Gebührengesetzes und bezüglich der Entwürfe, betreffend die Reform der directen Steuern.

Bezüglich des Gebührengesetzes läßt sich wohl principiell gar nichts sagen. Die Gebührennovelle besteht aus

einer Reihe von Einzelbestimmungen, von welchen einige — und ich rechne dazu die Borssteuer — einhelligen Anklang in diesem hohen Hause finden werden. Es sind aber auch Bestimmungen in derselben, von denen ich von vornherein sagen kann, daß sie schon unter einem vorigen Ministerium vorgeschlagen und damals auf beiden Seiten des hohen Hauses bekämpft wurden, und zwar namentlich im Interesse des kleinen Grundbesizers, dessen Wohl hier immerfort im Munde geführt wird, von dem man aber glaubt, Steuern schaden ihm nichts (Sehr gut! und Heiterkeit links), wenn nur die Grundzerstückelung nicht mehr gestattet ist, wenn nur Bauernfideicommiss errichtet werden und man den freien Mann in seiner freien Verfügung hindert. (Sehr gut! links.)

Damals und vor der jetzt eingetretenen sogenannten agrarischen Bewegung fanden diese Vorschläge gar keinen Anklang, nämlich die Erhöhung der Uebertragungsgebühren und die Vergebührung der Einverleibungen, welche aus Anlaß der Uebertragung der Realitäten stattfinden. (Sehr richtig! links.)

Wir wurde damals, und zwar namentlich auch von jener (rechten) Seite des hohen Hauses gesagt: es gibt nichts Drückenderes als dies für den kleinen Grundbesizer, und ich muß diese Ansicht theilen. (Sehr richtig! links.)

Wann werden denn diese Gebühren gezahlt? Dann, wenn ein Todesfall in der Familie stattfindet, wenn die Familie ohnehin mit schweren Lasten gedrückt ist (Sehr richtig! links), dann sollen die Gebühren bezahlt werden, und im Falle der Erbtheilung soll für die Sicherstellung der Erbtheile auch noch eine Gebühr entrichtet werden. (Sehr richtig! links.) Eine Zustimmung zu solchen Bestimmungen glaube ich bei meiner Kenntniß der ländlichen Verhältnisse — und ich besitze doch auch einige — vor meinem Gewissen nicht verantworten zu können. Dagegen mögen in dem Gebührengesetze allerdings Erhöhungen vorkommen, denen wir zustimmen können.

Aber damit allein wird nicht geholfen sein. Es handelt sich also wesentlich um das große Feld der directen Steuern. Bei diesen werden die Entwürfe in Betreff der Personaleinkommensteuer und der Besteuerung der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen keine Bedenken erregen, da sie eigentlich nichts Anderes sind, als eine Copie Desjenigen, was in diesem Hause schon beschlossen wurde. Gegen diese Steuern wird doch wahrhaftig Niemand hier etwas einwenden, wohl aber gegen die Verquickung derselben mit zwei anderen, mit der Rentensteuer und der Erwerbsteuer. Es ist nicht der Platz hier, in Details einzugehen, aber eine unglaubliche Täuschung muß man doch jetzt schon bekämpfen. Auch gestern erklärte der Herr Minister, die Opposition gegen die Rentensteuer habe wahrscheinlich ihren Grund darin, weil man von gewisser Seite fürchtet, daß durch die Rentensteuer gewisse bisher nicht getroffene Einkommen werden getroffen werden, und damit sollen offenbar die Effectenbesitzer oder die Capitalisten gemeint sein. Ja, da müßte man doch voraussetzen, daß diese dadurch auch wirklich getroffen werden. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Und doch wird Derjenige, welcher dadurch am empfindlichsten getroffen wird, wieder niemand Anderer sein, als das enfant chéri, der arme und gutwillige kleine Grundbesizer. (Sehr gut! links.) Und das ist meines Erachtens nicht schwer nachzuweisen. Was wird denn von dem Effectenbesitzer durch diese Rentensteuer getroffen? Man denkt sich wahrscheinlich die Effecten, wie sie im Cours-

zettel stehen, im Betrage von sechs Milliarden. Zuerst kommen da die Staatspapiere. Nach dem Ausweise der Controlscommission vom Jahre 1881 betragen dieselben 3.200 Millionen, und seit dieser Zeit sind sie nicht unansehnlich gewachsen; diese werden nicht getroffen. Die Renten davon, wenn man sie mit fünf Percent annimmt, machen 150 Millionen aus, und diese werden nicht getroffen, da sie schon durch die bisherige Steuer getroffen oder von jeder Steuer befreit sind. Diesen zunächst stehen im Courszettel die Grundentlastungs-Obligationen; diese betragen nicht ebenso viel, aber doch eine anständige Summe, und diese wird von der Rentensteuer auch nicht getroffen. Nun kommen die Actien der Eisenbahngesellschaften; ja, diese werden auch nicht getroffen, denn das sind Unternehmungen, welche zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet sind; die Actionäre, welche die Renten in Form von Dividenden beziehen, unterliegen der Rentensteuer nicht, ebenso nicht die Actien von Industrieunternehmungen und die von Banken. Die Dividenden aller dieser Unternehmungen werden von der Rentensteuer nicht getroffen.

Vielleicht werden einige Kategorien von Pfandbriefen davon getroffen; da fängt aber schon wieder die Belastung des Grundbesizes an, denn was wird denn geschehen, wenn man 4½percentige Pfandbriefe hat? Glauben Sie denn, daß, wenn man 10 Percent von den Zinsen der 4½percentigen Pfandbriefe zahlen soll, man 4½percentige Pfandbriefe zu dem Course nehmen wird, den jetzt die Pfandbriefe haben? Dem Herrn Finanzminister zuliebe, der jetzt behaglich lächelt und nickt, wird es der Capitalist gewiß nicht thun. (Heiterkeit) und aus Rücksicht darauf, daß die österreichischen Finanzen dadurch eine Steuer bekommen, wird er es auch nicht thun (Heiterkeit); er wird sie bekommen zu dem Course, welchen die Pfandbriefe künftig haben werden, und der wird um das halbe Percent Rente, in Capital ausgedrückt, sich vermindern. Aber wenn die Rentensteuer auch die Pfandbriefe trifft — wobei ich übrigens bemerken muß, daß zum Beispiel jene der böhmischen Hypothekbank kraft Allerhöchster Entschliebung statutenmäßig steuerfrei sind und daß es sehr fraglich ist, ob es möglich sein wird, jene der österreichisch-ungarischen Bank einem Steuerabzuge zu unterziehen — so kann ich mit ruhigem Gewissen sagen, daß in Oesterreich die Zahl der Pfandbriefe viel zu gering ist.

Wenn wir die anderen Effecten mit 6 Milliarden rechnen — und das ist kaum zu viel — und wenn die Pfandbriefe, welche der Rentensteuer vielleicht unterliegen würden, mit 300 Millionen angenommen werden — es ist aber sehr fraglich, ob ihrer so viele sind — so verhält sich das wie 1 : 20.

Man hat nun allerdings sehr sonderbare Ansichten über das Capital. Man will, daß die Leute arbeiten und sparen, aber wenn sie in Folge ihrer Arbeit und Sparsamkeit sich etwas erworben haben, dann werden sie als die Feinde der Volkswirtschaft behandelt. (Lebhafter Beifall und Heiterkeit links.)

In Frankreich betrachtet man die Rentiers als Stützen der Volkswirtschaft (Sehr richtig! links), weil es Leute sind, die eben in ihrem Leben sich geplagt und gespart haben und dann sich ins Privatleben zurückziehen, und man sieht dies als ein größeres Verdienst für die Volkswirtschaft an, als daß Jemand ein großes Vermögen erbt hat, wobei man eigentlich nicht begreift, worin das Verdienst für die Volkswirtschaft liegen soll. (Heiterkeit

links.) Aber — so sehr man den haßt, der das gethan hat, was man wünscht, daß Alle in Oesterreich es thun sollen — eine böse Eigenschaft legt man ihm nicht bei, nämlich die, daß er dumm ist (Heiterkeit links) und das müßte er sein, wenn er sich vor dem Rentensteuer-Gesetz-entwürfe fürchten würde. (Heiterkeit links). Das wird kein Rentier thun, denn er weiß, er wird dadurch nicht getroffen werden.

Jetzt kommen wir aber zum Grundbesitzer, welcher, wie dies ja leider so oft der Fall ist, darauf angewiesen ist, den Credit zu benützen, und von dem man immer sagt: man muß ihm einen wohlfeilen Credit verschaffen. Ja, man soll einer Bauerndeputation einmal eine bloß dreiprocentige Verzinsung in Aussicht gestellt haben.

Manche Blätter haben das mit einer bestimmten Bank in Verbindung gebracht, welche diese wohlfeile Verzinsung durch Heranziehung fremden Capitals aus Frankreich ermöglichen werde. (Heiterkeit links.) Und jetzt kommt man mit der Besteuerung der Hypothekenzinsen! Wer wird denn diese tragen? Diese Steuer beträgt scheinbar nur 5 Percent, aber sie ist thatächlich, und zwar gerade auf dem Lande viel höher, vielleicht 10 Percent, wenn man die Landes-, Bezirks-, Gemeindeumlagen, die Bezirksschulumlagen, Gemeindegeldumlagen, die Straßenumlagen und noch verschiedene andere Umlagen berechnet. Man kann mit voller Beruhigung zehn Percent und mehr als zehn Percent rechnen. (So ist es! links.) Dazu kommt aber noch etwas, was den Gläubiger noch ungeneigter machen wird, sein Geld auszuleihen: die Steuer muß er zahlen, ob der Andere ihm pünktlich die Zinsen zahlt oder nicht. (So ist es! links.) Er muß sie nach dem Entwurfe am 1. Jänner für das erste Vierteljahr zahlen, wenn vielleicht auch erst am 1. Juni die halbjährigen Zinsen fällig sind.

Wenn sie nun aber auch fällig sind, glauben Sie denn, daß die Schuldner auch immer zahlen? (Sehr gut! links.) Man riskirt also, wenn man künftig auf Hypotheken Geld leiht, eine Steuer von einer Einnahme zu zahlen, welche man gar nie bekommt.

Es wird ja immer angeführt, daß so Viele bei executiven Feilbietungen mit ihren Forderungen durchfallen. Diese bekommen kein Capital, Zinsen bekommen sie schon gar nicht, aber die Steuer davon sollen sie zahlen. (Heiterkeit links.) Und da soll eine Erleichterung des Hypothekarcredits für die Landbevölkerung eintreten? (Sehr gut! links.) Wer also dem Besitzer einer Realität Geld leiht, der soll bestraft werden, er muß die Steuer zahlen, und er muß sie auch zahlen, wenn der Andere ihm die Zinsen nicht zahlt! Da könnte man vielleicht sagen, wenn es eine schlechte Hypothek ist, so soll er eben gestraft werden, so fällt er durch.

Ja glauben Sie, meine Herren, daß, wenn er selbst die beste Hypothek hat, er die Zinsen pünktlich erhält? Sobald die Realität in Execution kommt, hört jede Zinszahlung auf, ohne Unterschied, ob der Gläubiger primo, secundo oder tertio loco intabulirt ist. Während der ganzen Zeit der Execution, die bekanntlich in Oesterreich nicht kurze Zeit währt, muß der Gläubiger, wenn er auf die Hypothek Geld ausgeliehen hat und vielleicht ausschließlich auf diese Einnahme angewiesen ist, die Steuer zahlen bei sonstiger Execution, und die Steuer-execution ist viel schneller als die Execution auf die Realität. (Heiterkeit links.) Was wird die Folge sein? Der Gläubiger wird sich sicher stellen, eine Affecuranz-

prämie nebst der Verzinsung verlangen; um die Steuer wird der Zinsfuß erhöht, er wird aber auch erhöht um die Gefahr, die Steuer aus Eigenem zahlen zu müssen, weil der Andere, auch wenn er noch so solid ist, vielleicht erst später zahlt.

Auch die Unbequemlichkeit der Faturung, welche viele Leute scheuen, wird sich der Gläubiger mit anrechnen, so daß der Zinsfuß bei allen neuen Darlehen außerordentlich steigen wird. Aber bei den schon bestehenden? könnte man einwenden.

Das nützt gar nichts. Die meisten Gläubiger haben sich bereits gesichert. Ich kenne eine Sparcassa, welche sich von jedem Hypothekarschuldner erklären läßt, der Schuldner ist verpflichtet, sobald der Sparcassa — es ist das die größte Sparcassa Oesterreichs — aus dem Titel dieses Zinsbezuges was immer für eine Steuer auferlegt wird, oder auferlegt werden sollte, dieselbe auf eine einfache schriftliche Verständigung hin sofort zu bezahlen, widrigenfalls das Capital als gekündigt angesehen wird. (Hört! Hört! links.) Und so haben wohl auch andere Sparcassen, so hat es jeder vorsichtige Privatmann gethan. Es wird also entweder bedungen sein, daß die Steuer vom Schuldner für den Gläubiger bezahlt werden muß, und das wird die Regel sein, und dann trifft sie den Grundbesitzer und nicht die Rentiers; oder es ist das nicht bedungen, dann wird eine noch viel traurigere Folge für den Grundbesitzer eintreten, nämlich die Kündigung, und was wird die Folge sein, wenn nun der zehnte Theil aller Hypotheken gleichzeitig in Oesterreich gekündigt wird? Dann wird noch weit weniger Geneigtheit bestehen, auf Hypotheken Geld auszuleihen.

Es ist überhaupt eigenthümlich. In Oesterreich werden mitunter selbst segensreiche Einrichtungen zur Plage für den Einzelnen, und so kann auch, wenn das Institut der Postsparcassen eine große Ausdehnung gewinnt, dieses Institut für die ländliche Bevölkerung recht traurige Folgen haben. Gerade aus jenen Bezirken, wo keine sonstigen Sparcassen bestehen und für die daher die Postsparcassen am allernützlichsten wären, aus den Bezirken, in denen sonst das Geld vielleicht an die Realitätenbesitzer dargeliehen würde, wird das ersparte Geld auswandern und zum Ankaufe von Renten an der Wiener Börse verwendet werden, zum Nachtheile der Grundbesitzer und zum Vortheile der gehasteten Rentiers, deren Papiere dadurch eine gesteigerte Nachfrage und eventuell eine Haufe erfahren.

So ist es mit der Rentensteuer.

Lassen Sie mich auch ein paar Worte über die Erwerbsteuer sagen, nicht über alle die einzelnen Ungeheuerlichkeiten dieses Gesetzes, wo die Steuer ja auch dem Zuschlage unterliegt, während man die Personaleinkommensteuer, die ja freilich nach diesem Gesetze die Reichen auch nicht wesentlich treffen wird, sorgfältig von den Zuschlägen ausgenommen haben will, was übrigens bezüglich seiner verfassungsmäßigen Möglichkeit noch sehr zu bestreiten wäre.

Eine Ungeheuerlichkeit ist es, bei einem reinem Einkommen von 20 fl. für eine Nebenbeschäftigung, die vielleicht darin besteht, daß ein Beamter Abends abschreibt, eine Erwerbsteuer von 3 fl. 75 kr., welche auch den Zuschlägen unterliegt, zu fordern.

Es ist dies etwas so Horrendes, so Unmögliches, daß man kaum glauben kann, daß der betreffende Verfasser ein Herz für den kleinen Mann hat.

Ich werde mich jedoch enthalten, darüber mehr zu sprechen, denn ich weiß, daß man im hohen Hause, wenn man von den Leiden des kleinen Mannes spricht, nicht viel Anklang findet, und ich möchte nicht das erleben, was ich im vorigen Jahre erlebt habe. Ich und ein geehrter Herr Redner aus Schlesien hatten von den Zuständen der Hausindustrie in unseren Gebirgsgegenden und davon gesprochen, daß man dort — das thun ja die Leute nur aus dem Grunde, weil es nicht anders möglich ist — so kleine Fenster und dieselben so tief in der Wand angebracht hat, daß man den ganzen Tag Licht brennen muß und daß daher diese kleinen Leute durch die Erhöhung der Petroleumsteuer doppelt hart getroffen wurden.

Darauf sagte der damalige, nicht der heutige Berichterstatter wörtlich Folgendes (liest): „Wenn der Weber nicht genug Tageslicht durch die kleinen Fenster erhält, oder wenn diese Fenster häufig mit Papier beklebt sind, so ist es ja doch möglich und leicht, die Fenster zu vergrößern und statt mit Papier mit Glasscheiben zu versehen; das wird jedenfalls nicht viel kosten und auf diesem Wege wird man das einbringen, was man durch Erhöhung der Petroleumsteuer verliert.“ (Heiterkeit links.) Und diese Aeußerung, von der das Beste ist, daß die kleinen Leute sie nicht erfahren haben, weil sie sie nicht gelesen, wurde mit „lebhafter Heiterkeit“ auf den Bänken der Rechten begrüßt, dies bezeugen die stenographischen Protokolle. Ich fürchte, wenn von unserer Seite gegen die Besteuerung eines Nebenerwerbes von 20 fl. mit 3 fl. 75 kr. und den Zuschlägen etwas eingewendet würde, so dürften wir der sehr naheliegenden und nicht minder witzigen Einwendung kaum entgehen: Er braucht ja nicht zu arbeiten, und wenn er nicht arbeitet, wird er keine Steuer zu zahlen haben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Wie gesagt, auf die einzelnen Ungleichheiten will ich nicht eingehen, die könnten auch im Wege der Aenderung beseitigt werden, aber die ganze Erwerbsteuer, eine Steuer, die eine progressive Einkommensteuer ist und alle Nachteile derselben hat, ist auf der anderen Seite wieder eine Ertragssteuer. Denn merkwürdigerweise kommt in dem Motivenberichte vor: diese Steuer muß auch von passiven Unternehmungen gezahlt werden, denn sie ist eine Ertragssteuer; sie muß auch von fremden Capitalien gezahlt werden, denn sie ist eine Ertragssteuer; sie kann aber auch progressiv sein — obschon dies der Natur der Ertragssteuer widerspricht und es dort heißt, es würde dem Wesen der Ertragssteuer mehr entsprechen, wenn sie nicht progressiv wäre — sie kann aber auch progressiv sein, weil solche Erwerbtreibende, die ein großes Einkommen haben, dasselbe leicht verheimlichen, daher müssen sie mehr zahlen, das heißt der Ehrliche muß mehr zahlen, weil man voraussetzt, daß der Unehrl. schlecht fatiren wird (lebhafter Heiterkeit links), ein hübsches Zeugniß für den Zustand der öffentlichen Moral! Und dann kommt gleich darauf: der Kleine muß weniger zahlen, damit er richtiger fatirt, weil, wenn er viel zahlen muß, er unrichtig fatirt. (Lebhafter Heiterkeit links.) Es wird die Schmeichelei gesagt dem Kleinen, wie dem Großen: Beide sind ihr unehrlich, darum müßt ihr Beide viel zahlen. (Lebhafter Heiterkeit links.) Und was heißt das viel zahlen? Vom zweiten Tausend der reinen Einnahmen müssen fünf Prozent an Steuer gezahlt werden, und vom fünften Tausend zehn Prozent vom Einkommen und auch vom fremden

Gelde, das darin investirt ist, und auch von passiven Unternehmungen. Wenn man schon sagt, man nimmt in Oesterreich, was in fremden Steuergesetzgebungen gut ist, — eine progressive Steuer von passiven Unternehmungen hat es wohl noch nicht gegeben. (Lebhafter Beifall und stürmische Heiterkeit links.)

Eine solche Steuer zu votiren, muthet man uns zu! Wir, die wir keine Schulnovelle zu fordern haben, und auch nichts Aehnliches, wir werden erleben, daß sine nobis de nobis über diese wie über viele andere Fragen entschieden werden wird. Aber das dürfen wir doch fragen, nach dem die hohe Regierung so sehr mit ihren socialpolitischen, namentlich mit ihren agrarischen Ideen geprahlt hat, was ist denn also eigentliches, ihr socialpolitisches Programm? Nachdem man immer gesagt hat, die übermäßigen Schulden belasten den kleinen Besitzer, und man müsse ihm wohlfeileren Credit verschaffen, so kommt man mit außerordentlichen Steuern, mit einer Steuer auch auf den Nebenerwerb; diese wird hauptsächlich den kleinen Besitzer treffen, der im Winter schon deshalb zu einem Nebenerwerbe zu greifen genöthigt ist, weil ihn im Winter nicht die Landwirthschaft beschäftigt. Das bietet man nun, und als Entschädigung dafür reactionäre Gesetze auch auf dem landwirthschaftlichen Gebiete, Gesetze, von denen ich wieder mit voller Beruhigung sagen kann: Unsere Bauern wollen nichts davon wissen, unsere Bauern wollen frei sein, sowie sie es seit der Aufhebung der Robot sind, und der freie Mann will auch frei über sein Eigen verfügen dürfen.

Unsere Leute lächeln, wenn man ihnen sagt: Ja, man wolle ja nur einen unabhängigen selbstständigen Bauernstand erhalten, und der sei durch die freie Theilbarkeit gefährdet. Der Bestand des Bauernstandes ist nicht durch die freie Theilbarkeit, er ist durch etwas ganz Anderes gefährdet, durch das Aufsaugen durch den großen Grundbesitz ist er gefährdet (Bravo! Bravo! links), und wenn Sie dafür Belege haben wollen, so sehen Sie sich doch gefälligst die Vorlage über die Einbeziehung von ungefähr 20 selbstständigen Ansässigkeiten, kleinen Ansässigkeiten in das Thurn und Taxis'sche Fideicommiß an. (Sehr richtig! links.) Da werden auf einmal so viele allerdings kleine selbstständige Grundbesitzer von der Erde verschwinden, und sehen Sie sich auch andere landtäfl. Güter an, wo es sich nicht um kleine Landwirthschaften, sondern um viele große bäuerliche Wirthschaften handelt. Darin liegt die Gefahr für den selbstständigen Bauernstand, und das wissen unsere Bauern.

Dieselben wissen, daß, wenn man durch die Beschränkung in der freien Verfügbarkeit über den Grundbesitz den Werth desselben außerordentlich herabdrückt — und das geschieht — dadurch das Aufsaugen des kleinen Besitzes durch den großen Besitz immer mehr beschleunigt wird. (Sehr richtig! links.) Und was bieten Sie Ihnen weiter? Eine Schulnovelle mit Verkümmern der Volksbildung und Wiederherstellung der geistlichen Schulaufsicht. Unser Bauer ist viel zu intelligent, als daß er nicht dieses Danaergeschenk mit Entrüstung zurückweisen würde. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Und nun der Arbeiter und der Kleingewerbetreibende! Was haben Sie für ihn mit der Gewerbenovelle durch die Zurückweisung aller Anträge, welche eine Uebergangsperiode auch nur für den schon Beschäftigten und eine Erleichterung des Fabrikarbeiters — und die bilden

Da das Gros der Arbeiter — zum Behufe der Erlangung eines selbstständigen Gewerbes bezweckten, ablehnten, was haben Sie dadurch gethan? Die Versammlung der Arbeiter und Gewerbetreibenden in Innsbruck beweist, wie wenig Dank man Ihnen für dieses Geschenk weiß. Und wenn Sie dem Arbeiter das Letzte nehmen, was er noch hat, — die Hoffnung, einmal selbstständig zu werden — dann haben Sie die sociale Frage in einer Weise behandelt, wie sie wahrhaftig nicht behandelt werden soll. (Sehr richtig! links.) Und was bieten Sie weiter dem Arbeiter?

Damit es dem Arbeiter überhaupt möglich bleibe, selbstständig zu werden, muß ihm die Möglichkeit, bessere Schulbildung zu erlangen, nicht geschmälert werden, und indem Sie den kleinen Mann, der in der Gemeinde nicht vertreten ist, der Willkür von Gemeindeoptimaten preisgeben, welche über die Köpfe der Arbeiterbevölkerung hin-

weg beschließen können, die Schulpflicht solle herabgesetzt und das Kind des Arbeiters solle dadurch in seiner Schulbildung beschränkt werden, nehmen Sie ihm wieder — der Arbeiter weiß wohl, was die Bildung für sein Kind ist — die Möglichkeit, daß das, was ihm nicht gelang, wenigstens seinen Kindern gelingen werde. (Beifall und Händeklatschen links.)

Sie haben uns gehindert, unser socialpolitisches Programm in seiner Gänze zu behandeln; wir kennen Ihr finanzielles und socialpolitisches Programm. Machen Sie es ohne uns. Auf diesem Gebiete werden wir Ihnen nicht folgen, wir werden Sie auch nicht um Ihre Erfolge beneiden, wir werden aber einmal sagen: ipsi fecerunt. (Stürmischer, anhaltender, stets sich erneuernder Beifall und Händeklatschen links und auf den Galerien. — Redner wird von vielen Seiten beglückwünscht.)



